ZEITSCHRIFT DES
MITTELSCHÜLER-KARTELL-VERBANDES
PREIS: €3,- | POLITISCH UNABHÄNGIGES JUGEND- UND MITGLIEDERMAGAZIN
SEIT 1968

MKV

COULEUR

AUSGABE 2
2021

Ganz sicher leben.

WAS UNS SICHERHEIT BEDEUTET.

S.10
Reicht's dann mit dem Klassenkampf?
Wie die Gesellschaft gespaltet wird.

S.4
Freiheit der Sicherheit
Grundsatzüberlegungen zur notwendigen Abwägung der Grundrechte.

S.26
Finanzen und Geldanlage
Steckt nur „dummes Geld" in ETFs?

seit 1899

Rudolfina Redoute

Faschingmontag

28. Februar 2022

Wiener Hofburg

www.rudolfina-redoute.at

Wien tanzt wieder

INHALT

4 **SICHERHEIT – AUCH FÜR DIE INDUSTRIE EIN KERNGESCHÄFT**
Christoph Neumayer (BVW) über Fortschritt, Innovation und Stabilität.

6 **Wo ist der Leuchtturm, auf den wir alle hinsteuern?**
Sophie Lauringer (EIW) und Roman Gerner (AGS) im Interview.

10 **Reicht's dann mit dem Klassenkampf?**
Clemens Schneider über Narrative und Kampfrhetorik.

12 **Ein neuer Ausgleich**
Rainhard Kloucek (LP) analysiert Ungarns Europapolitik.

14 **Dual-Use-Reform**
Sebastian Schack (FRW) zu Wirtschaftsfreiheit und Menschenrechten.

16 **Die Welt verstehen, in der wir leben**
Sophie Ernest zu Medienkompetenz im Zeitalter der Digitalisierung.

18 **EU und Migration**
Thomas Stelzer (FRL) über Fehler, die sich nicht wiederholen dürfen.

20 **Freiheit der Sicherheit oder Sicherheit der Freiheit?**
Alexander Putzendopler (ASG) zur notwendigen Abwägung der Grundrechte.

22 **Das Zeitalter der Resilienz**
Christian Schuldt über neue Paradigmen.

26 **Finanzen und Geldanlage: ETFs**
Nikolaus Jilch analysiert, ob nur „dummes Geld" in ETFs steckt.

EDITORIAL

„Bist du dir sicher?"

Nicht nur einmal stellte mir meine Omi als Kind diese Frage. Manchmal war ich es, manchmal nicht. Manchmal war es eine gute Idee, manchmal weniger. Erfahrung macht vorsichtig, wobei Sicherheit und Vorsicht außer den vier Buchstaben rein sprachlich nur bedingt zusammenhängen.
Inhaltlich schon eher: Wer voraus sieht, also Vorsicht nimmt, der trägt viel zur eigenen Sicherheit bei. Allerdings, und hier wird es problematisch, wäre es dazu vonnöten, die Parameter der Zukunft zu kennen, in der diese Sicherheit sich abspielen soll. Oder, noch viel grundsätzlicher: Es wäre halt nötig, mit möglichst wenigen Scheuklappen in die Zukunft zu blicken. Realitätsbezug, Informationsvorsprung – zwei wesentliche Bausteine für eine gute Vor(aus)sicht und damit einen Sprung in Richtung Sicherheit.
In Zeiten der globalen Pandemie, in der ein erschreckend hoher Anteil der Österreicher die Vorsicht fallen lässt und auf die (sich und andere) schützende Impfung aus nicht nachvollziehbaren Gründen freiwillig verzichtet, gewinnt der Begriff der Sicherheit eine andere Dimension. Daher haben wir weitgehend abseits des Pandemiegeschehens überlegt, welche Dimensionen wir als Redaktion diskutieren wollen. Das Ergebnis liegt als Heft in deinen Händen.

Ich wünsche eine interessante Lektüre!

PHILIPP JAUERNIK (FRW)
CHEFREDAKTEUR

28 **Glossen**
29 **Buchrezensionen**
30 **Impressum & Comic**

SICHERHEIT – AUCH FÜR DIE INDUSTRIE EIN KERNGESCHÄFT

Der produzierende Bereich und die mit ihm verbundenen Sektoren sind nicht nur Treiber für Fortschritt und Innovation, sondern auch Anker für Stabilität und Sicherheit. Gerade in herausfordernden Zeiten. Jetzt gilt es, wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Zukunft zu schaffen.

Welche Werte sind den Österreicherinnen und Österreichern wichtig? Was bewegt die Menschen hierzulande besonders? Ein Blick auf verschiedene Meinungsumfragen zeigt, dass dabei stets auch das Thema „Sicherheit" genannt wird – und zwar in seinen unterschiedlichsten Facetten. Denn ob sich Menschen sicher fühlen, hängt nicht nur von der Furcht vor Kriminalität oder kriegerischen Auseinandersetzungen ab. Aus wirtschaftlicher Perspektive etwa ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes für neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern essenziell, wie aus dem jüngsten „Zukunftsmonitor" von Universität Wien, IFES-Institut und Industriellenvereinigung hervorgeht. Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen Monaten Selbstverständlichkeiten von einem Tag auf den anderen umgeworfen und die Bedeutung des Themas gesteigert.

SICHERHEIT DURCH DIE SCHAFFUNG VON WOHLSTAND

Das gilt naturgemäß auch für die Unternehmen in der österreichischen Produktionswirtschaft und ihre rund eine Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gemeinsam haben sie während der Corona-Krise für die Versorgungssicherheit unseres Landes gesorgt – vom Energie- über den Lebensmittel- und Transport- bis zum Telekommunikationsbereich, um nur einige konkrete Beispiele zu nennen. Auch im schwersten Wirtschaftseinbruch seit Jahrzehnten war der produzierende Bereich Anker für Stabilität, der Beschäftigtenstand konnte – auch durch die Corona-Kurzarbeit – weitgehend auf hohem Niveau gehalten werden. Trotz gravierender Risiken und Herausforderungen, wie etwa fragile Lieferketten vor allem in den ersten Monaten der Pandemie, oder die als Folge der globalen Hochkonjunktur schwierigere Verfügbarkeit wichtiger Rohstoffe, mit der viele Betriebe derzeit konfrontiert sind.

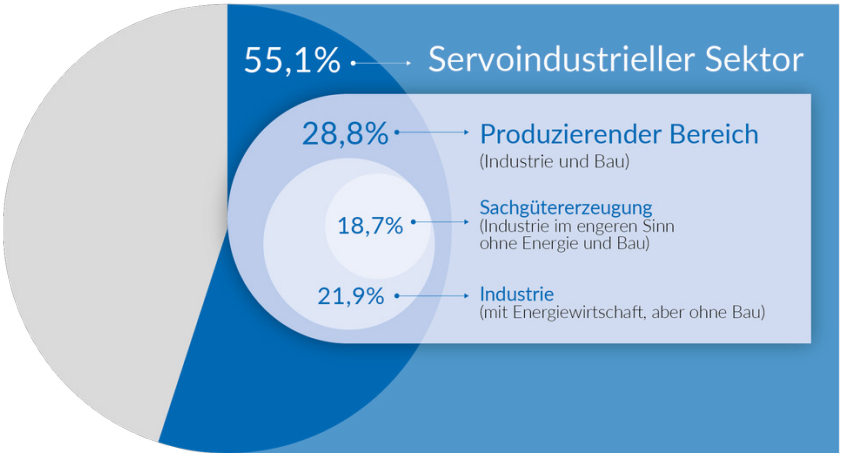
SICHERHEIT DURCH INDUSTRIEBASIERTE INNOVATION

Wie kaum ein anderer Sektor sorgt die Industrie mit ihrer Innovationskraft für mehr Schutz, Komfort und einen höheren Sicherheits-Standard für Bürgerinnen und Bürger. Denken wir etwa an die Fahrzeugindustrie, wo innovative Fahrsicherheits- und Assistenzsysteme dazu beitragen, die Unfallzahlen trotz steigenden Verkehrsaufkommens zu reduzieren. Ein anderes Beispiel bestimmt seit einigen Monaten viele unserer Gespräche: Es dauerte weniger als zehn Monate, bis die ersten Menschen mit einem Impfserum gegen Corona geschützt werden konnten. Weitere sechs Monate später werden ausreichend Impfdosen produziert, um die Mehrheit der Menschen in der EU oder den USA mit Vakzinen zu versorgen. Zu verdanken ist dies einer vernetzt arbeitenden, forschungsintensiven Industrie und der internationalen Arbeitsteilung.

SICHERHEIT BEDARF STABILER UND PLANBARER RAHMENBEDINGUNGEN

Sicherheit ist keine Einbahnstraße. Damit die Industrie ihre Leistungen für die Gesellschaft – Arbeitsplätze, Wohlstand, Fortschritt – erbringen kann, braucht sie sichere, stabile und vor allem planbare Rahmenbedingungen. Insbesondere in Zeiten, die von disruptiven Veränderungen geprägt sind: Digitalisierung, ökologische Wende und Globalisierung revolutionieren unsere Welt. Der nicht aufhaltbare Wandel birgt ebenso große Chancen wie massive Herausforderungen für unsere Gesellschaft und damit auch für die Wirtschaft – und muss daher zukunftsorientiert begleitet werden.

Die Industrie in Österreich als Motor für Wachstum
(Wertschöpfung in % der Gesamtwertschöpfung)



Quelle: Statistik Austria, iwi

DIE DIGITALE DIVIDENDE BRAUCHT SICHERHEIT

Der Einsatz digitaler Technologien betrifft Gesellschaft und Wirtschaft in unzähligen Bereichen: in der industriellen Produktion (Smart Factories), im Gesundheits- und Vorsorgewesen (Diagnostik), der Mobilität (autonomes Fahren) oder in Form neuer Kommunikationsmöglichkeiten. Als Katalysator wirkt dabei die Corona-Pandemie, die einen zusätzlichen Digitalisierungs-Schub ausgelöst hat. Die Möglichkeiten für zusätzliches Wachstum, bessere Wettbewerbsfähigkeit und höhere Krisenfestigkeit sind enorm. Gerade jene Unternehmen, die bereits jetzt stark auf Digitalisierung sowie auf Forschung und Entwicklung setzen, erzielen eine digitale Dividende.

Die digitale Zukunft muss aber sicher sein. Nachrichten über Cyberangriffe sind in den vergangenen Jahren alltäglich geworden und können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben – aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit naturgemäß auch auf das Betriebsergebnis. Allein 2021 beläuft sich der wirtschaftliche Schaden durch Cyberangriffe in Österreich auf rund 6 Mrd. Euro. Bis 2025 sollen 75 Milliarden Geräte weltweit mit dem Internet verbunden sein, diese müssen entsprechend geschützt werden.

ZENTRUM FÜR CYBERSECURITY

Wie kann Österreich hier gegensteuern? In ihrem Aktionsprogramm „Digital.Erfolgreich.Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ skizziert die Industriellenvereinigung, wie Österreich insgesamt zu einem Digitalisierungs-Vorreiter und im Speziellen zu einem internationalen Zentrum für Cybersicherheit werden kann. Sinnvoll wären unter anderem die Schaffung einer nationalen Know-how-Basis und die Förderung des nationalen und internationalen Wissensaustausches. Als Vorbild könnte Estland fungieren, das nach einem massiven Cyberangriff 2007 die Weichen in Richtung Cybersicherheit gestellt hat: So hat man die Investitionen in die Sicherheit der IT-Systeme deutlich erhöht, im „National Cybersecurity“ Index rangierte das Land 2020 auf Rang drei, Österreich auf Platz 26. Estland hat 2008 einen Bachelor-Studiengang für Cybersecurity eingeführt, die TU Tallinn (TalTech) gilt als eine der besten Cybersecurity-Universitäten der Welt.

DEKARBONISIERUNG DES GLOBALEN ENERGIESYSTEMS – ABER MIT SICHERHEITSSTANDARDS

Neben der digitalen Transformation zählen der Klimawandel und die notwendige Dekarbonisierung des weltweiten Energiesystems zu den größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Für Europa wird die Klimaneutralität in etwa für die Mitte des Jahrhunderts gesellschaftlich und politisch ins Auge gefasst – und schrittweise auch rechtlich verankert. Kürzlich sind die europäischen Ziele für das Jahr 2030 – von 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 auf mindestens minus 55 Prozent – verschärft worden. Gleichzeitig errichtet der größte CO_2-Emittent China 300 neue Kohlekraftwerke, die mehr als 700 Mio. Tonnen CO_2 ausstoßen werden. Zum Vergleich: Österreichs CO_2-Emissionen liegen pro Jahr bei 80 Mio. Tonnen CO_2.

Die Notwendigkeit für den Umbau des Energiesystems steht außer Diskussion. Entscheidend ist aber, dass der im harten internationalen Wettbewerb stehende produzierende Sektor in Europa und Österreich Teil dieses Wandels sein kann. Ebenso müssen wir beim ambitionierten Umstieg auf erneuerbare Energien das Thema Versorgungssicherheit im Blick behalten. In Österreich soll bis 2030 Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt werden. Bis dahin sollen Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik und Biomasse zusätzlich rund 27 Terawattstunden (TWh) Strom produzieren. Derzeit liegt deren Leistung mit weit überwiegendem Wasserkraftanteil bei rund 55 TWh, das fehlende Drittel soll bis zum Ende der Dekade dazu kommen.

VERSORGUNGS-SICHERHEIT IM BLICK

Der Beinahe-Blackout zu Jahresbeginn, muss ein deutlicher Weckruf sein. Es braucht wirksame und verlässliche Strategien, um vergleichbaren Bedrohungsszenarien zu begegnen oder sie im Idealfall gar nicht erst entstehen zu lassen. Insbesondere muss das Energiesystem auf einen deutlich erhöhten Bedarf an Flexibilität vorbereitet werden, um Schwankungen in der Erzeugung durch volatile erneuerbare Energieträger abzufangen. Dafür notwendig sind ein rascher und bedarfsgerechter Netzausbau sowie der Ausbau flexibler Wasserkraftwerke und Speicher. Zudem müssen Genehmigungsverfahren rascher abgewickelt werden können – Handlungsbedarf gibt es beim Allgemeinen Verwaltungsverfahrens-, Umweltverträglichkeitsprüfungs- und Standortentwicklungsgesetz.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Die Industrie ist dank ihrer Innovationskraft Treiber für Klimaschutz. Vernünftige Klimapolitik muss allerdings so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, UND (energieintensive) umweltfreundliche Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit nachhaltigen sozialen Frieden. Auf diesem Weg müssen die Unternehmen klug begleitet werden – dann bietet Klimaschutz auch Chancen für unser Land, erhält und schafft Sicherheit.

SICHERHEIT SCHAFFT WOHLSTAND

Der Produktionssektor mit seinen rund eine Million direkt Beschäftigten gibt in Österreich wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Diese Unternehmen brauchen aber auch Planungssicherheit im öffentlichen Rahmen – sei es in der Rechtsprechung oder in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Einer klugen Sandortpolitik ist dies bewusst – wie es übrigens auch einer der weltweist stärksten Exportnationen, die zu den Spitzeninvestoren in den Ländern Mittel- und Südosteuropas gehört, gut ansteht, ihre klassischen sicherheitspolitischen Bemühungen, auch nach ihren wirtschaftlichen Interessen auszurichten. Unsere Mitbewerber tun dies seit Jahrzehnten selbstverständlich, Österreich hat hier aufgeholt, aber Potenzial für eine integrierte außen- und sicherheitspolitischen Strategie, die auch wirtschaftliche Interessen mitdenkt, ist noch gegeben – mit Sicherheit.

MAG. CHRISTOPH NEUMAYER (BVW)

ist seit 2011 Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), zuvor arbeitete der zweifache Familienvater, unter anderem als Bereichsleiter für Marketing & Kommunikation in der IV. Neumayer arbeitete vor Eintritt in die industrielle Interessenvertretung unter anderem journalistisch beim ORF. Er studierte Geschichte, Publizistik und absolvierte postgraduale Managementausbildungen. Unter anderem ist er Mitglied des Executive Committee von BusinessEurope, dem europäischen Arbeitgeber- und Industrieverband, sowie Vorstand der Ludwig Boltzmann Gesellschaft.

Industriellenvereinigung

Die Industriellenvereinigung (IV) versteht sich sowohl als Interessenvertretung auf österreichischer und europäischer Ebene als auch als Serviceorganisation für ihre rund 4.200 Mitglieder. Die Mitgliedschaft besteht auf freiwilliger Basis.

Die aktuellen Positionspapiere der Industriellenvereinigung zu den Themen

- IV-Industriestrategie: Besser als vor Corona – wie wir über uns selbst hinauswachsen
- Digital.Erfolgreich.Industrie – Transformation zum digitalen Österreich 2030+
- Die österreichische Fahrzeugindustrie – innovativ, technologieoffen, nachhaltig

finden Sie auf der Website der Industriellenvereinigung: *www.iv.at*

WO IST DER LEUCHTTURM, AUF DEN WIR ALLE HINSTEUERN?

Mit Sophie Lauringer (EIW) als Chefredakteurin der Kirchenzeitung „Der Sonntag“ und Roman Gerner (AGS) als Geschäftsführer der St. Paulus-Medienstiftung hat die kirchliche Medienlandschaft (Ost-)Österreichs nunmehr zwei prominente und auch bekennende katholische Couleurstudenten an sehr verantwortungsvollen Stellen erhalten. Was das für sie bedeutet, haben sie im Interview erzählt.

Das Gespräch führten die Chefredakteure von Couleur, Philipp Jauernik (FRW) und Academia, Wilhelm Ortmayr (ARH), gemeinsam.
Transkript: Wilhelm Ortmayr. Mitarbeit: Matthäus Jauernik (GUW).

Ihr seid katholische Medienschaffende in einer Zeit der großen medialen Veränderungen. Als was nehmt ihr Euch wahr? Gralshüter? Pressure-Group? Speerspitze?

Gerner: Ich denke, dass Medien per se etwas sehr Christliches an sich haben: Sie wollen sich verbreitern, wollen hinausgehen, etwas hinaustragen. Christen wollen die Frohe Botschaft in die Welt tragen. Dazu passt gerade in der Erzdiözese Wien auch der vom Herrn Kardinal stets hochgehaltene Auftrag zu „Mission und Jüngerschaft“. Für uns ist das mehr als ein Schlagwort. Wir wollen genau in diesem Sinn immer wieder punkten – mit Medien aller Art, mit traditionellen Formaten ebenso wie mit neuen.

Lauringer: Es gibt zudem einen zweiten Leitsatz, der steckt bei uns bereits im Zeitungstitel: „Der Sonntag. Zeit für meinen Glauben.“ Wir stecken unsere Arbeitszeit in das Verkünden einer guten Botschaft und sicher auch viel Herzblut. Das ist mehr als ein Job, es braucht Berufung. Für mich trifft das sicher zu: Mein Platz sind die Kirchenmedien, dort gehöre ich hin, das kann ich, die kirchlichen Medien liegen mir am Herzen – wie die Kirche selbst.

Was eine Kirchenzeitung ist, braucht man nicht zu erklären. Aber was tut ein diözesanes Medienhaus?

Gerner: Es sind in den neun heimischen Diözesen nicht alle Medienhäuser gleich, ganz im Gegenteil. Die Strukturen sind unterschiedlich, jede Diözese hat etwa ihre eigene Kirchenzeitung.

Wir in der Erzdiözese Wien sich sicher am breitesten aufgestellt. Wir betreiben schon sehr lange einen Radiosender (Radio Klassik Stephansdom), wir haben einen Buchverlag, der das Gotteslob, religiöse Bücher, Schulbücher, aber auch Werke in Eigenverlegerschaft herausgibt und wir arbeiten intensiv daran, uns im digitalen Bereich ideal zu positionieren.

Die Kirche ist nicht als reformfreudige Organisation oder als Treiber der Innovation bekannt. Wann dürfen wir mit neuen digitalen Angeboten rechnen?

Gerner: Ja, dieser Prozess wird etwas Zeit brauchen – aber nicht nur in der Kirche. Veränderung muss überall zunächst einmal begriffen und gelebt werden, erst dann findet sie statt. Daher war es mein Ansatz, zunächst mal zu fragen: Wo ist der Leuchtturm, auf den wir alle hinsteuern? Was ist unser Ziel, das alle Mitarbeiter des Hauses in ihren Schiffen und Booten, also der Zeitung, dem Radio etc. anpeilen? Und erst danach haben wir uns an die Analyse gemacht, ob unsere Schiffe und Boote gut geeignet sind für diese Fahrt, ob sie ideal besetzt und ausgestattet sind, beziehungsweise ob es nicht vielleicht neukonzipierte Vehikel und Plattformen braucht, um dem Ziel auch im digitalen Zeitalter näher kommen zu können. Wir nehmen uns dafür Zeit und glauben, dass sie gut investiert ist.

Wo seht Ihr die Entwicklungspotenzial für die Kirchenzeitung und den Radiosender?

Lauringer: Das Ziel des „Sonntag“ muss sein, mehr Menschen zu erreichen. Das muss nicht unbedingt mit einer Steigerung der Druckauflage verbunden sein. Mehr Leser und Kontakte können auch erreicht werden, indem mehr Menschen die Zeitung in die Hand nehmen, oder indem wir mit unseren Inhalten auch andere Kanäle bespielen. Der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt.

Gerner: Im Radio müssen wir die Zielgruppen etwas klarer spezifizieren und dementsprechend ansprechen. Beim „Sonntag“ hingegen erhoffe ich mir mehr Breitenwirkung. Wir sind als Kirche ja ähnlich einer Zwiebel mit vielen Schalen. Die äußerste sind über eine Million Katholiken, also Beitragszahler. Von denen gehen vielleicht ein paar Hunderttausend ab und zu in die Kirche, noch viel kleiner ist die Zahl der regelmäßigen Gottesdienstbesucher und jener, die aktiv mitarbeiten. Die Leserschaft des „Sonntag“ bewegt sich, um beim Zwiebelbeispiel zu bleiben, etwas zu sehr im Kernbereich. Da müssen uns überlegen, mit welchen Themen und Inhalten wir mehr Menschen erreichen können.

Gerade in den vergangenen Wochen hatte man nicht unbedingt das Gefühl, dass die Kirche in Österreich oder gar Europa mit einer Zunge spricht. Vielmehr werkelt jede Diözese vor sich hin und jeder Bischof erklärt auf Anfrage, was er zu gewissen Themen denkt. Hat man tatsächlich kein strategisches Medien- und Kommunikationskonzept, das man gemeinsam als „Kirche in Österreich“ verfolgt?

Gerner: In der Bischofskonferenz gibt's dieses Konzept bestimmt. Das nehmen wir auch wahr. Ob es mit der Weltkirche eine Abstimmung gibt, stelle ich jetzt mal dahin. Ich finde es aber gut, dass verschiedene Bischöfe Unterschiedliches zum Thema machen und dass sie in unterschiedlicher Weise kommunizieren. Die Vielfalt in der Einheit ist kein Nachteil.

Lauringer: Wir selbst, die Kirchenzeitungen, arbeiten jedenfalls vernetzt - und zwar sehr intensiv. Die großen Themen und Kampagnen sind stets gut abgestimmt zwischen den Diözesen und wir tauschen auch einzelne Artikel aus. Darüber hinaus gibt es zum Beispiel gemeinsame Beilagen oder auch gemeinsame Publikationen, die bei der „Langen Nacht der Kirchen“ verteilt werden.

Gerner: Beim Radio stellt sich die Frage kaum. Wir haben derzeit in Wien und Graz unsere terrestrischen Radiofrequenzen und seit dem Vorjahr eine terrestrische DAB+-Frequenz für ganz Österreich. Das war ein Schritt in eine neue Ära. So gesehen wird bei größerer Verbreitung von DAB+ „Radio Klassik Stephansdom“ DER kirchliche Radiosender in Österreich. Denn ich sehe in keiner anderen Diözese Ambitionen, sich in Sachen Radio zu engagieren.

Die Pandemie mit ihren Lockdown-Phasen, gerade zu den Hochfesten, hat das Thema „Seelsorge online“ in den Vordergrund gerückt. Zu Ostern 2020 gab es urplötzlich ein Riesenangebot im Netz, teils sehr handgestrickt, aber auch viel Hervorragendes. Leider verschwand nach der ersten Welle ein Teil der Online-Gottesdienste. Ist es gewollt, dass einzelne Pfarren oder Stifte sich künftig als permanente Online-Anbieter etablieren?

Gerner: Wir müssen hier Kompetenz aufbauen, das ist allen klar. Allerdings sind die Aufgaben komplexer als man aufs erste Hinsehen meinen möchte. Technisch gut gemachte Fernseh- oder Videogottesdienste kosten Geld, sonst entsteht beim Betrachter nicht das Gefühl, wirklich Teil der Feiergemeinde zu sein. Technik, Raum und Liturgie müssen gut zusammenpassen. Ich bin aus inhaltlichen ebenso wie aus wirtschaftlichen Gründen dafür, dass wir dafür noch fehlendes

Know-how rasch aufbauen, anstatt diese Leistungen nach außen zu vergeben und jemand Fremden produzieren zu lassen. Denn ein guter Teil der benötigten Kompetenzen ist ja innerkirchlich vorhanden. Es gibt große Nachfrage und die sollten die Diözesen selbst bedienen.

Wird man an den klassischen Gottesdienst-Formaten festhalten oder sollte man Neues probieren?

Lauringer: Zum Thema Messe via Internet sage ich: Man sollte das eine tun und das andere nicht lassen. Als Katholikin ist mir persönlich der Messbesuch in Präsenz unerlässlich das Liebste. Wenn Lockdown ist oder wenn ich krank bin, sind Online-Gottesdienste für mich kein voller Ersatz. Aber es ist gut und wichtig, dass es sie gibt. Mit neuen Formaten wäre ich eher vorsichtig. Überhaupt sehr schwer vorstellbar wäre der digitale Sakramentenempfang. Beichte online oder Taufe online – das wird nicht gehen.

Gerner: Ganz wichtig ist der Dialog mit den Gläubigen. Mit ihnen muss die Kirche, müssen ihre Vertreter in Kontakt treten. Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Das „Zusammenstehen" vor oder nach der Hl. Messe etwa ist ein Teil davon, den man online in einem Forum durchaus aufgreifen kann. Man kann die Fürbitten für den Dialog nützen, in dem man Gebetsanliegen vorab einsenden kann, die dann verlesen werden. Und es hat bereits Tradition, dass die Zuhörer oder Zuseher bei Radio- und TV-Messen im Anschluss mit einem Priester sprechen können – das sollte auch bei gestreamten Messen möglich sein.

Inwieweit es künftig echte „Internetpfarren" geben wird, die primär darauf eingestellt sind, Online-Seelsorge zu betreiben, wage ich nicht zu prognostizieren.

In der Wirtschaft reagiert man auf schwierige Marktsituationen oder schwindende Nachfrage mit Nachbesserungen am Produkt, neuen Entwicklungen oder auch Veränderungen in den Chefetagen. Man passt sich dem Markt an. Die Kirche hat ihre Botschaft in der Bibel, in den Zehn Geboten, im Glaubensbekenntnis festgeschrieben – viel Bewegungsspielraum Richtung Markt besteht da nicht. Viele Werbe- oder PR-Profis würden sich dadurch eingeengt fühlen. Wie geht es euch damit?

Lauringer: Wenn wir am „Produkt", also an der Kirche, ihrer Lehre und der Botschaft Jesu zweifeln, sind wir hier fehl am Platz. Andere Kirchen haben gewisse „Reizthemen" nicht und kämpfen trotzdem mit großen Problemen. Außerdem verwehre mich gegen das Krankjammern. Ja, es gibt den Priestermangel und weniger Ordensfrauen, ja die Mitgliederzahlen sinken. Aber wer, wenn nicht wir, soll freudig und selbstbewusst hinausgehen und den Menschen die Frohbotschaft erzählen. Dazu sind wir hier angestellt.

Gerner: Wir sind Medien der Erzdiözese Wien. Das heißt, wir müssen uns auch mit Themen auseinandersetzen, die in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert werden: Zölibat, Sexualmoral, ethische Fragen sowie so manche heikle Themen, die aus der Glaubenskongregation kommen und die man als „Lehrmeinung der Kirche" zusammenfassen kann. Da gibt es vieles, was nicht unbedingt dem Zeitgeist und dem Mainstream entspricht. Aber diese Themen füllen in unseren Medien nicht viel Platz. Denn primär haben wir die Aufgabe, Geschichten über den Glauben, aus der Kirche, aus dem Glaubensleben zu erzählen. In dessen Mittelpunkt steht die Liebe Christi und auf die sollten wir uns fokussieren. Im Licht der Liebe Christi entsteht in allen Diözesen viel Großes – oft im Verborgenen, ohne viel Beachtung der Öffentlichkeit. Diese wunderschönen Erfolgsgeschichten vor den Vorhang zu holen, ist unsere Aufgabe.

MAG. ROMAN MAXIMILIAN GERNER (AGS)

ist seit 20 Jahren in verschiedensten Managementfunktionen in österreichischen Medienunternehmen tätig. Er startete im Marketing von Radio Arabella, war bei der Mediaprint Ges.m.b.H. Bereichs-Anzeigenleiter der Kronen Zeitung und wechselte danach über das Niederösterreichische Pressehaus und die Funktion eines Managing Directors der Verlagsgruppe News. Seit April 2020 ist er Geschäftsführer des Medienhauses der Erzdiözese Wien und damit von Radio Klassik Stephansdom, der Kirchzeitung „Der Sonntag" und der Wiener Dom-Verlag GmbH.

MAG. SOPHIE LAURINGER (ELW)

hat Geschichte, Germanistik und Theaterwissenschaften studiert und startete ihre Karriere bei Radio Klassik Stephansdom und stephanscom (Redaktion Radio und online), ehe sie in die Öffentlichkeitsarbeit der Salesianer Don Boscos und später in die Online-Redaktion von „Welt der Frauen" wechselte. Seit März 2021 leitet sie die Redaktion der Kirchenzeitung „Der Sonntag".

REICHT'S DANN MIT DEM KLASSENKAMPF?

Nicht nur Manager sind gierig und rücksichtlos. Ausbeuten ist nicht etwas, das nur Unternehmer beherrschen. Jüngste Vorkommnisse wie der Bahnstreik geben Anlass, darüber nachzudenken, welche Narrative unsere Debatten prägen und wie zutreffend die eigentlich sind. Ein Blick nach Deutschland.

Die Menschen drängeln sich. Dicht an dicht stehen und sitzen sie für Stunden auf engstem Raum zusammen. Die hochansteckende Delta-Variante des Coronavirus findet paradiesische Zustände vor. Bis vor kurzem wäre jede Kultur- oder Gastroeinrichtung, die so etwas zulässt, sofort geschlossen und mit hohen Bußgeldern belegt worden. Tagelang wurden jetzt Millionen Menschen immer wieder in eine solche Lage gebracht – und das in einer Zeit steigender Virus-Inzidenzen und stagnierender Impfbereitschaft. Erinnern Sie sich noch an die Zeit, als man für das Tragen einer OP- anstatt einer FFP2-Maske Blicke erntete, als ob man unmittelbar an der Tötung mehrerer älterer Mitbürgerinnen beteiligt sei? Als junge Menschen, die nach über einem Jahr des Weggesperrt-Seins einen lauen Frühlingsabend im Park genießen wollten, von aufgeregten Journalisten zu Superspreadern stilisiert wurden?

SELBSTBEDIENUNGSMENTALITÄT KÖNNEN AUCH GEWERKSCHAFTLER

Sprechen wir doch mal darüber, welches Ausmaß an Rücksichtslosigkeit die Entscheidung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) offenbart, in der derzeitigen Ausnahmesituation einen erheblichen Teil des Bahnverkehrs lahmzulegen.

Aber ging es denn nicht darum, eine gerechtere Behandlung der Bahnangestellten zu erreichen? Zumindest ein Inflationsausgleich wäre doch gerade derzeit durchaus angemessen. Zu den Forderungen, die für die neue Tarifrunde im Oktober vergangenen Jahres erhoben wurden, gehörte aber unter anderem auch eine einmalige Sonderzahlung aufgrund der Pandemie in Höhe von 1.300 Euro. Die ist zwar inzwischen auf 600 Euro hinunter verhandelt worden. Aber auch bei dieser Summe stellt sich noch die Frage, wie eine solche Zahlung berechtigt sein kann für Berufsgruppen, deren Mehrbelastung hauptsächlich darin besteht, im Dienst eine Maske tragen zu müssen (tragen Lokführer Masken?). Während hunderttausende Selbständige Sorge um ihre Existenz und die Zukunft ihrer Mitarbeiter haben. Während Millionen Menschen in Kurzarbeit sind. Wie nennt man so eine Forderung in Klassenkampf-Sprech? Selbstbedienungsmentalität? Manche Forderungen in den Tarifverhandlungen sind gewiss sehr nachvollziehbar. Doch die Form und Diktion, in der das Gesamtpaket in einer solchen Ausnahmezeit vorgetragen wird, ist nicht anders als dreist.

BENACHTEILIGTE SIND NICHT IMMER DIE BESSEREN MENSCHEN

Die Stereotypen sitzen tief und sind in unser kulturelles Gedächtnis

PROMETHEUS
DAS FREIHEITSINSTITUT

Prometheus versteht sich als die Heimat der Freiheit. Durch Vorträge, Veröffentlichungen, Akademien und die „Bibliothek des Liberalismus" in Berlin engagiert sich das Institut in der Verbreitung freiheitlicher Bildung. Außerdem dient es der Verbreiterung und Vertiefung von Netzwerken, insbesondere des Nachwuchses.

eingebrannt: Kaufleute werfen für den Profit ohne Zögern ihr Gewissen über Bord und anschließend Menschen hinterher. Arme sind hingegen schon in den Texten der Bibel meist die Guten und auch in Hollywood-Blockbustern unserer Tage tritt in Charles Dickens-Manier die arme Frau als moralische Heldin auf. Wir haben es hier mit einer Art ästhetischem Klassenkampf zu tun. Es geht gar nicht mehr darum, dass die eine Klasse sich dessen bemächtigen will, was ihr die andere Klasse weggenommen hat. Es geht um eine Abgrenzung von der anderen Klasse, um dadurch Besitzansprüche geltend zu machen. Der GDL-Chef ist kein prekär lebender Arbeiterführer, und die Lokführer, für die er sich einsetzt, verdienen etwa so viel wie der durchschnittliche Deutsche (einschließlich einer Job-Sicherheit, von der Selbständige noch nicht einmal zu träumen wagen). Aber sie nutzen Vokabular und Bilder des Frühkapitalismus, um ihren Anspruch moralisch zu überhöhen. Die Klassen, die hier aufeinanderprallen, sind nicht durch Machtunterschiede voneinander zu unterscheiden, sondern fast nur noch durch Narrative.

Ein nicht unwesentlicher Haken in all diesen Narrativen liegt gerade im Anspruch, auf der moralisch wertvolleren, guten Seite zu stehen. Generell sind wir Menschen Lebewesen, die an einem möglichst glänzend polierten äußeren Erscheinungsbild interessiert sind, und die gleichzeitig möglichst wenig Aufwand dafür betreiben wollen. Also eine Art Mischung aus Pfau und Panda. Und wir scheinen umso heller, je dunkler die anderen erscheinen. Der Aufwand ist überschaubar, den man betreiben muss, um den anderen als finsteren Gesellen zu zeichnen, der uns an den Kragen will, das Angst-Schüren und Feindbild-Errichten. Dagegen: Argumente sortieren und stärken; Kompromisse aushandeln; auch mal nachgeben; zuhören, um das große Ganze besser zu verstehen – das sind alles Unterfangen, die unserem gemütlichen inneren Panda viel zu schwer erscheinen. Und darum ist der ästhetische Klassenkampf so ein praktisches Mittel. Man kann sich auf bereits voreingestellte Rollenverteilungen verlassen und muss die Klaviatur-Tasten nur ganz kurz anschlagen. Dabei gerät dann freilich nicht nur die Darstellung der anderen Seite gehörig in Schieflage, sondern auch das Selbstbild, das man zeichnet und womöglich sogar für zutreffend hält.

DIE EHRBAREN KAUFLEUTE ENTSTAUBEN

Gier, Rücksichtslosigkeit, Heimtücke, Protzen und sogar Ausbeutung sind Unarten, die sich nicht nur bei Managern und Unternehmern finden, sondern auch bei gefühlt oder tatsächlich armen und benachteiligten Menschen. Und natürlich werden nicht wenige Menschen in vorteilhaften Positionen gelandet sein, weil sie ihre Ellenbogen ungehemmt zum Einsatz bringen. Nicht wenige „da oben“ werden durch Macht und Wohlstand auch korrumpiert worden sein. Doch selbst wenn ein Großteil der Reichen und Mächtigen, der Wirtschaftsbosse und Unternehmerinnen von zweifelhafter moralischer Qualität wären, würde das nicht zugleich den Wert der anderen Menschen heben. Tugend ist nicht eine begrenzte Ressource, die dem einen fehlt, wenn der andere sie hat. Anstand ist kein Nullsummenspiel.

Die Versuchung ist da, den Spieß einmal umzudrehen. „Gierige Gewerkschaftsbosse“ – das ist nicht ganz ohne Komik. Aber so würde man am Ende nur die Spirale weiterdrehen aus gruppenbezogener Diskriminierung. Denn, ja, genau das betreiben Menschen wie der GDL-Chef. Es ist bemerkenswert, mit welcher Ruhe und Freundlichkeit die zuständigen Bahn-Mitarbeiter auf die Hetztiraden aus jener Ecke ohnehin schon reagieren. Man kann ihnen gewiss nicht nachsagen, dass sie es eskalieren ließen. Was lässt sich also noch tun? Sprechen wir mehr über Menschen, die Verantwortung übernehmen – ob in der Selbständigkeit oder als Angestellte in Führungspositionen. Hören wir einander aufmerksamer zu und versuchen zu verstehen, was diese Menschen bewegt, wo sie ihren Platz in der Gesellschaft sehen, welche Sorgen sie umtreiben und welche Hoffnungen sie haben. Statt weiter Hass und Spaltung in eine Gesellschaft zu tragen, die sich ohnehin schon als zerrissen empfindet, sollten wir uns zu freundlicher Neugier und Offenheit erziehen. Und diejenigen, denen Gier und Rücksichtslosigkeit unterstellt werden, sollten sich auch trauen, offensiv ihre Motive und Werte zu kommunizieren. Das Bild von den ehrbaren Kaufleuten muss entstaubt werden und zum erneuerten Selbstanspruch werden, der auch nach außen kommuniziert wird. Nehmen wir den ästhetischen Klassenkämpfern den Wind aus den Segeln!

DIPL.-THEOL. CLEMENS SCHNEIDER

ist Direktor von Prometheus - Das Freiheitsinstitut, das er 2015 mitbegründet hat. Der studierte katholische Theologe ist darüber hinaus ehrenamtlich engagiert, unter anderem im Leitungsteam von NOUS - Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie.

EIN NEUER AUSGLEICH

Ein Gesetz zum Schutz der Familie soll angeblich gegen die europäischen Werte verstoßen. Viel gefährlicher für die europäische Einigung sind allerdings einige andere europapolitische Vorstellungen aus Budapest.

Ungarn steht wieder einmal am Pranger. Wegen eines neuen Gesetzes, das die Familie schützen soll, und beispielsweise die Sexualerziehung der Kinder klar der Verantwortung der Eltern zuschreibt *„https://becs.mfa.gov.hu/news/kinderschutzgesetz“*. Das Gesetz sei diskriminierend und verletze die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, sagen seine Gegner. Beweis dafür haben sie bisher keinen erbracht. Nun hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, das wohl klären wird, ob und wie welche europäischen Normen verletzt werden (oder eben nicht). Die Geschichte mit der Diskriminierung jedenfalls kann nicht ganz stimmen. Die Pride-Parade in Budapest ging ohne weitere Probleme über die Straßen, und gleichgeschlechtliche Paare können sich in Ungarn verpartnern.

Warum gerade ein Gesetz zum Schutz der Familie ein Verstoß gegen europäische Werte sein soll, bleibt schleierhaft. Schließlich ist die Familie vor dem Staat (sowohl zeitlich-historisch – es gab schon Familien bevor es den Staat gab –, als auch organisatorisch – die Familie ist eben keine Einrichtung des Nationalstaates) Keimzelle der Gesellschaft.

Der Konflikt ist auch keiner zwischen West- und Mitteleuropa, auch, wenn er nun von manchen zur neuen Spaltung in Ost und West hochstilisiert wird. Betrieben wird dieses Narrativ von Ideologen, die sich damit als Opfer einer Unterdrückung Osteuropas durch Westeuropa darstellen, um darauf die Geschichte aufzubauen, dass sie die Einzigen (und auch Letzten) seien, die die wahren Werte Europas verteidigen. Es ist vielmehr ein Konflikt zwischen Ideologien, die letztlich den Rechtsstaat aushöhlen und ihm ihre ideologische Sicht aufzwingen wollen. Das Wesen des liberalen Rechtsstaates ist eben nicht die staatliche Durchsetzung einer bestimmten Glücks- und Wohlfahrtsvorstellung. Aufgabe des liberalen Rechtsstaates ist es, Recht und Freiheit zu garantieren! So wie es in Westeuropa viele Menschen gibt, die für die (traditionelle) Familie eintreten und dieses Ideal auch leben, so gibt es auch in Mittel- und Osteuropa Vertreter der LGBTIQA-Bewegung.

Wobei es völlig absurd ist, wenn die gesamte Debatte um Europa, um europäische Werte anhand sexueller Vorlieben geführt wird. Das ist ein gigantischer zivilisatorischer Rückschritt. Der Mensch hat sich durch seinen Geist über die Triebhaftigkeit des Tieres erhoben (bzw. wurde so geschaffen). Aber vielleicht glauben einige wirklich, dass wir so die Gefahr aus Peking und Moskau bannen, weil sich die Politiker dort eventuell totlachen über diese Absurdität.

Mit einem Gesetz zum Schutz der Familie wird also Viktor Orban sicherlich nicht zur Gefahr für Europa. Und je mehr er wegen dieser Politik von Ursula von der Leyen, Mark Rutte oder Karoline Edtstadler kritisiert wird, um so sicherer ist seine Wiederwahl bei den ungarischen Wahlen im nächsten Jahr.

i

Paneuropa

Die Paneuropabewegung Österreich ist Mitglied der Paneuropa-Union, der ältesten europäischen Einigungsbewegung, die 1922 in Wien gegründet wurde. Sie setzt sich für ein in Frieden und Freiheit geeintes Europa auf Basis eines christlichen Menschen- und Wertebildes sowie der Subsidiarität ein. Die Zeitschrift „Paneuropa Österreich“ (erscheint sechs Mal im Jahr), weitere Publikationen und zahlreiche Veranstaltungen runden die Aktivitäten der Paneuropabewegung ab.

www.paneuropa.at

Trotzdem wäre es falsch, Viktor Orban und seine Parteigänger generell frei zu sprechen. Denn in vielen Punkten verfolgt die ungarische Regierung eine Politik, die enorme Sprengkraft für die europäische Einigung birgt. Der 7-Punkte-Plan, der Anfang Juli in mehreren Tageszeitungen in verschiedenen EU-Ländern (in Österreich in „Die Presse“) inseriert wurde, ist so ein Beispiel. Eine Reduktion der europäischen Integration auf eine reine zwischenstaatliche Zusammenarbeit, bei der alles auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert werden würde, würde wohl in Moskau und Peking begrüßt werden. Europa – und damit auch jene Staaten, die diesen Rückschritt in den Nationalismus propagieren – wäre aber der Verlierer. Ohne Direktwahl des Europäischen Parlamentes wäre Otto von Habsburg wohl nie Mitglied dieser europäischen Volksvertretung geworden, aus der heraus er übrigens auch sehr viel gerade für Ungarn erreicht hat.

Damit stellt sich die grundsätzliche Frage, was Viktor Orban wirklich will. Nun, dass ein Politiker gerne im Rampenlicht steht und ein begehrter Interviewpartner sein möchte, ist logisch. Genauso übrigens, dass er nach Macht strebt. Erst in jüngster Zeit gab es von Viktor Orban einige Aussagen, die sein wirkliches Ziel klarer erscheinen lassen. Ein ungarischer Diplomat, der in Wien Dienst tat, hat einmal in einem persönlichen Gespräch angemerkt, dass man, um Orban und seine Politik verstehen zu können, in die ungarischen Geschichte blicken müsse. Und zwar nicht in die des 20. Jahrhunderts, sondern in die des 19. Jahrhunderts. Damit sind wir bei der nationalen ungarischen Revolution 1848 und dem ungarischen Ausgleich von 1867.

In einem ausführlichen Interview mit dem slowakischen Portal Postoj.sk, das auch in Magyar Nemzet auf Deutsch nachzulesen ist *„https://magyarnemzet.hu/german/viktor-orban-gegenwartig-gibt-es-keine-liberale-demokratie-9772109/“* interpretiert Orban die Europäische Union so: „Bis jetzt drehte sich die Europäische Union um eine deutsch-französische Achse, in einem bipolaren Modus der Zusammenarbeit. Was wir jetzt anstreben, ist ein Europa, das bis 2030 einen dritten Pol haben wird: Mitteleuropa, also die V4.“ (V4 steht für die vier Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei, Anmerkung.) Abgesehen davon, dass hier der Begriff Mitteleuropa missbraucht wird (Mitteleuropa ist nämlich nicht ein Konstrukt des Nationalstaates, Mitteleuropa wurde durch den Nationalstaat zerstört), zeigt die Aussage (die übrigens auch in den Aussendungen der ungarischen Botschaft am 19. Mai 2021 verbreitet wurde), dass Orbans Denken offenbar in einem alten hegemonialen Politikstil verankert ist. In diesem Verständnis beansprucht er für sich einen Pfeiler der hegemonialen Macht.

Es ist also der Anspruch eines neuen ungarischen Ausgleichs, der hier propagiert wird. Im konkreten Fall ist nicht mehr Wien das Problem, sondern Brüssel. So wird in dem schon zitierten Inserat Brüssel beschuldigt, ohne Ermächtigung einen Superstaat zu errichten. „Wir sagen Nein zu einem europäischen Imperium“, lässt Orban formulieren. Dass „Brüssel“ nur dann handeln kann, wenn es die Mitgliedsstaaten erlauben, wird dabei geflissentlich verschwiegen. Es ist also nicht ein Gesetz zum Schutz der Familien, das Europas Identität zerstört, sondern das Streben nach einem neuen ungarischen Ausgleich, das die europäische Handlungsfähigkeit einschränkt und damit außereuropäischen Mächten dient. Beschämend an der europäischen Politik ist, dass diese Bedrohung von keinem Politiker thematisiert wird.

RAINHARD KLOUCEK (LP)

studierte Volkswirtschaftslehre in Wien und war während seines Studiums Hochschülerschaftsmandatar sowie Generalsekretär der Jungen Europäischen Studenteninitiative (Jes). Später war er als Journalist tätig, bevor er 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter ins Europäische Parlament wechselte. 1999 wurde Kloucek Generalsekretär der Paneuropabewegung Österreich, die sich für eine europäische Einigung auf christlich-subsidiärer Basis einsetzt.

www.paneuropa.at

Rollen-/Bogenoffsetdruck
Werbemittlung/beratung
Verlagsproduktionen
Projektmanagement

kny partner

Kompetenz seit 1997

Kontakt:

Kny & Partner
Christoph R. Kny v. Grizzly
TuM! FbM! Rg!
c.r.kny@knyundpartner.com
0043 676 310 67 14

DUAL-USE REFORM: SICHERHEIT DES EUROPÄISCHEN EXPORTS ZWISCHEN WIRTSCHAFTSFREIHEIT UND MENSCHENRECHTEN

Eine EU-Mitgliedschaft bringt trotz der angeblichen Regulierungswut Brüssels mehr wirtschaftliche Freiheit für die Mitgliedstaaten. Der 2020 „Annual Report Economic Freedom of the World" belegt dies deutlich, wenn der Binnenmarkt der EU im Ranking hinter die Vereinigten Staaten, Singapur oder die Schweiz fällt[1]. Freiheit wird in diesem Bericht wie folgt definiert:

„The cornerstones of economic freedom are personal choice, voluntary exchange, open markets, and clearly defined and enforced property rights. Individuals are economically free when they are permitted to choose for themselves and engage in voluntary transactions as long as they do not harm the person or property of others."[2]

Diese Freiheit setzt sich aus bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheiten zusammen. Letztere ist ohne Erstere nicht möglich und eine Einschränkung der einen hat eine Rückkoppelung zu der anderen. Deswegen sollten Eingriffe in die unternehmerische Freiheit immer gut abgewogen und begründet werden. Solchen Maßnahmen ist auch der Export unterworfen – insbesondere aus sicherheitspolitischen Motiven. Das EU-Recht geht zwar vom Grundsatz der Exportfreiheit für Waren der Gemeinschaft in Drittländer aus – allerdings wird davon in bestimmten Fällen abgegangen. Zur Sicherung des friedlichen Zusammenlebens der Nationen und zum Schutz der Menschenrechte unterliegen bestimmte strategisch relevante Güter (vor allem Waffen, Verteidigungsgüter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck) Einschränkungen.

SEBASTIAN SCHACK, MA (FRW)

ist seit 2019 SME Connect Vice-Chair of the European Steering Board und Generalsekretär von SME Connect Alps Adria. Er koordiniert die Aktivitäten von SME Connect und der Mitglieder in Mittel- und Südosteuropa.

Der Rat der EU und das Europäische Parlament haben sich im November 2020 auf neue Exportregeln für Dual-Use Güter geeinigt[3]. Als solche werden Güter und vor allem Technologien bezeichnet, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Damit soll das aus dem Jahr 2009 stammende, derzeitig gültige, Regelwerk zur Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck ersetzt werden. Die Einigung muss nun von den Mitgliedstaaten bestätigt werden.

Menschenrechts-Experten von Amnesty International bemängeln, dass es dem finalen Entwurf an Schlagkraft der ersten Vorschläge fehlt. Zwar müssen Mitgliedsstaaten berichten, in welchem Umfang Exportgenehmigungen für Dual-Use Güter erteilt wurden, aber die EU-Exportkontrolle läuft Gefahr, der schnellen technischen Entwicklung hinterherzulaufen. Der Bereich der Digitalisierung, Telekommunikation und Informationssicherheit entwickelt sich rasant. Daten werden bald als wichtigstes Handelsgut gelten. Software rückt daher immer mehr ins Interesse

der Regularien. Das bedeutet eine Ausweitung der Unsicherheiten und bürokratische Belastungen für Unternehmer. Nach der sog. „catch all"-Klausel kann auch die Ausfuhr von Gütern, Software oder Technologien, die nicht explizit gelistet sind, genehmigungsbedürftig sein – davon sind nicht nur Handelsfirmen betroffen. Der Ausdruck „Exportkontrolle" ist irreführend, denn handelskontrollrechtliche Pflichten bestehen auch für Unternehmen, die nur im Inland tätig sind. Es braucht daher ein funktionierendes Exportkontrollsystem.

Um sich regelkonform zu verhalten, muss jedes Unternehmen wissen, wo die Beschränkungen seiner Geschäftstätigkeit liegen und diese überwachen. Das gilt auch, wenn ihre Leistungen oder Güter für kritische Zwecke verwendet werden könnten. Diese Generalformulierung macht es schwierig, denn jedes einzelne Unternehmen ist selbst zuständig, die mit seiner Geschäftstätigkeit verbundenen rechtlichen Einschränkungen zu bewerten und zu beachten.

Das Selbstdeklarationsprinzip bedeutet, dass man als Unternehmen selbst überprüfen muss, ob eine Genehmigung nötig und diese gegebenenfalls zu beantragen ist. Man kann von der Geschäftstätigkeit natürlich auch Abstand nehmen. Trade-Compliance lässt sich auf vier Fragen herunterbrechen, die manchmal nicht leicht zu beantworten sind.

- Was soll exportiert werden? (Prüfung auf bestehende Beschränkungen für das zu exportierende Gut)
- Wer ist involviert? (Prüfung, ob involvierte Parteien mit Sanktionen belegt sind)
- Wohin soll exportiert werden? (Prüfung auf Embargos und Sanktionen)
- Wofür werden die Güter oder Technologien verwendet? (Prüfung der Endverwendung)

Aus der Beantwortung der Fragen ergibt sich, ob er Export verboten, bewilligungspflichtig oder bewilligungsfrei ist. Auf Schwierigkeiten stößt man bei der ersten und letzten Frage – besonders für Dual-Use Güter! So kann etwa die Ausfuhr einer Werkzeugmaschine aus der EU in die Schweiz bewilligungspflichtig sein oder auch das Hochladen von Software oder Konstruktionsplänen in eine Cloud oder einen Server außerhalb der EU einer Exportkontrolle unterliegen.

Die neue Dual-Use Verordnung ist der Versuch, Sicherheit, Menschenrechten und wirtschaftlicher Freiheit angemessen Rechnung zu tragen: einerseits der Wille der EU, den Schutz der Sicherheit ihrer Bürger und des Friedens durch effektivere Normen und Kontrollen sicherzustellen, um so zu verhindern, dass europäische Technik in die falschen Hände fällt; anderseits der Wunsch, Bürokratie und Einschränkungen auf ein Minimum zu beschränken, um die europäischen Unternehmen nicht unnötig zu belasten.

Eine praktikable, legislative Lösung für Klein- und Mittelunternehmen zu finden und dabei keine internationale Wettbewerbsverzerrung zu schaffen, ist eine Herausforderung. Die Felderfahrungen der Mitglieder von SME Connect werden deshalb beständig an die europäischen Institutionen weitergegeben. Gleichzeitig liefert unser Netzwerk Antworten für Unternehmer und Branchen zu potenziellen Auswirkungen solcher europäischen Regelungen und wann mit rechtlichen Neuerungen zu rechnen ist.

QUELLEN:

[1] *https://www.fraserinstitute.org/studies/economic-freedom [05.05.2021]*

[2] *James Gwartney, Robert Lawson, Joshua Hall & Ryan Murphy, u.a.: Economic Freedom of the World 2020 Annual Report. 2020, S.1*

[3] *https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12798-2020-INIT/en/pdf [05.05.2021]*

smec **SME CONNECT**

ist eine starke und flexible Netzwerk- und Kommunikationsplattform für KMU und deren interessierte Unterstützer sowohl bei den EU-Institutionen als auch in den einzelnen Mitgliedsländern. Das Leitbild des „ehrbaren Kaufmannes" steht für ein starkes Verantwortungsbewusstsein für das eigene Unternehmen, für die Gesellschaft und die Umwelt. Es basiert auf Werten und Tugenden wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Integrität. SME CONNECT ist politisch neutral und arbeitet mit allen konstruktiven Kräften – vertreten durch Abgeordnete des Europäischen Parlaments im Advisory Board – zusammen. Gemeinsam stehen wir für die Stärkung des Klein- und Mittelstandes.

Website: www.smeconnect.eu

DIE WELT VERSTEHEN, IN DER WIR LEBEN

Die Welt rund um uns herum wird immer komplexer, gleichzeitig werden die Informationsströme vielfältiger. Gerade deshalb brauchen wir heute mehr denn je Medienkompentenz, um diese komplexe Welt zu dechiffrieren.

Die Welt wird immer komplexer – ein Befund, dem man ohne zu zögern zustimmen kann. Die Abbildung dieser zunehmend unübersichtlichten Lage, eine unbestechliche Einordnung und Interpretation komplexer Zusammenhänge, sowie eine profunde Kommentierung, werden daher wichtiger denn je. Klassische journalistische Tugenden und Kompetenzen bieten gerade in Zeiten von zunehmender Desinformation im Netz, Deep Fake – Videos und Manipulationen jeglicher Art eine wichtige Hilfestellung für unsere demokratische Gesellschaft. Selbstverständlich sind auch Journalisten sowie Medienverantwortliche von diesen Herausforderungen betroffen und müssen sich ständig in der Aus- und Fortbildung mit diesen neuen Phänomenen auseinandersetzen.

Der Mediensektor war eine der ersten Branchen, die von der Digitalisierung erfasst wurden und sich diesem Umbruch in allen Bereichen, wie Produktion, Logistik, Journalismus, Vermarktung bis hin zum Medienkonsum stellen musste. Die Zeitspanne in der sich dieser Umbruch ereignet hat, ist eine denkbar kurze. Vor 20 Jahren – ich selbst ging noch nur zur Schule – waren CD´s noch Standard, das Smartphone noch nicht erfunden und Facebook noch nicht gegründet. Medienpolitisch war die ORF-Reform 2001 dominierend, Zeitungen und Magazine hatten wirtschaftlich „goldene Jahre“ und das Privat-TV-Gesetz hat in Österreich, damit als letztem Land Europas, Privatfernsehen zugelassen. Seit dem ist viel geschehen. Die Herausforderungen für Österreichs Medienpolitik und auch die Medienunternehmen selbst haben mittlerweile ein ernstes Ausmaß angenommen. Betrachtet man die einschlägigen Indikatoren zur Werbung in Medien, einer der wichtigsten Refinanzierungsquellen für Medienangebote, wird man schnell feststellen wie weit der Transformatiosnprozess bereits vorangeschritten ist. So verzeichnete

Friedrich-Funder-Institut

Das Friedrich Funder-Institut (FFI) bietet seit mittlerweile 40 Jahren Aus- und Fortbildungsangebote für den Journalismus. Noch mehr wird sich das Programm auf digitale Medienkompetenz, Medienrecht sowie Medienökonomie stützen und das Angebot dazu laufend erweitern. Die Basisworkshops bieten einen ersten Einstieg in den Journalismus, etwa zu Recherche, zum Schreibhandwerk oder zur Interviewführung. Durch die vertiefenden Seminare, u.a. zu Medienrecht, Medienethik und Content-Producing, werden auch vertiefende handwerkliche Themen und Theorien abgedeckt. Ausbildungsinhalte werden von erfahrenen und fachlich ausgewiesenen Experten in Form von spannenden mehrtägigen Seminarreihen bzw. Einzelseminaren vermittelt. Die Möglichkeit zum Austausch und zum Diskurs um Medien und Kommunikation bieten unsere Veranstaltungsreihe FFI-Forum, sowie dem FFI-Symposium.

Facebook: *@friedrichfunderinstitut*
Instagram: *Friedrich-Funder-Institut*

Melden Sie sich unter *sekretariat@ffi.at* zum Newsletter an.
So bleiben Sie über aktuelle Umstrukturierungen und Erweiterungen des Programms am Laufenden!

die 5% Werbeabgabe im letzten Jahr Einnahmen aus allen Mediengattungen von rund 1,4 Mrd Euro. Die 2020 eingeführte Digitalabgabe – ebenfalls 5% auf große Digitalplattformen wie Google, Facebook, Amazon – verzeichnete bereits mehr als 1 Mrd. Euro. Problem dabei ist, dass dieser Werbeumsatz zum großen Teil aus Österreich ohne Wertschöpfung abfliesst. Vor allem journalistische Arbeitsplätze sind von dieser Verlagerung, weg von österreichischen Medien, betroffen.

Es wird daher im Interesse unserer informierten Gesellschaft wichtig sein, die entsprechenden Rahmenbedingungen so zu gestalten, sodass eine unabhängige und vielfältige österreichische Medienlandschaft auch im 21. Jahrhundert Bestand hat. Hier setzt zumeist die Kritik des durchschnittlichen Medienkonsumenten gegen das Spannungsverhältnis Politik und Medien ein. Die Unabhängigkeit vieler Medien wird auf Grund der öffentlichen Unterstützung; sei es in Form der Presse- und Rundfunkförderung, über Werbekampagnen des Bundes und der Länder bis zu den Rundfunkgebühren für den ORF in Frage gestellt. Auch hier bietet die Aus- und Weiterbildung einen wichtigen Beitrag im beruflichen bzw. professionellen Umgang an dieser zweifelsohne kritischen Schnittstelle.

Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen können mit globalen Phänomenen, wie der Digitalisierung, kaum mithalten. Einerseits betrifft dies die enorme Geschwindigkeit der Umwälzung, und andererseits gibt es kulturell bedingt unterschiedliche Zielvorstellungen – national und global. Ein gutes Beispiel ist die aktuelle Umsetzung der 2019 beschlossenen EU-Copyright-Richtlinie, die in Österreich noch fristgerecht umgesetzt wurde. Universelle Themen wie „Schutz von geistigem Eigentum“ und „Kreativleistung in der Wertschöpfung“ stehen der Vorstellung eines „freien Internets“ ohne Regeln und Schranken gegenüber und werden mit Sicherheit noch intensiv diskutiert. Klar ist, dass wir eine Handhabe benötigen, die österreichische, journalistische Leistungen vor kommerzieller Ausbeutung von gewerblichen Anbietern schützen.

ÖSTERREICHISCHE IDENTITÄT – ANKER DER GESELLSCHAFT

Neben der Unabhängigkeit der österreichischen Medienlandschaft ist auch der identitätsstiftende Charakter immer wichtiger. Denn erst durch das Herstellen einer qualifizierten Öffentlichkeit durch sachliche Berichte, umfassender Reportage, sowie Analyse und Einordnung, entwickelt sich gesellschaftlicher Diskurs. Ein unerlässlicher Prozess für die Bewusstseinswerdung in unserer Gesellschaft und das Erzeugen einer österreichischen Identität. Dieser Faktor bietet eine große Chance. Denn während skalierbare und nahezu austauschbare Inhalte vermehrt gestreamt und auf internationalen Plattformen konsumiert werden, werden regionale und lokale Nachrichten, Kultur und gesellschaftliche Ereignisse nur von heimischen Informationsangeboten in der Tiefe abgebildet werden. Dies ist nicht nur gesellschaftlich wünschenswert, sondern auch eine medienstrategische Perspektive.

BEI DER AUSBILDUNG ANSETZEN

Aus- und Weiterbildung in Journalismus und Medien heißt deshalb, sich mit dem, was ist und dem, was kommt auseinanderzusetzen – insbesondere mit neuen Techniken, neuen Technologien, mit neuen Arbeitesweisen und Formaten sowie mit sich verändernden Nutzungsgewohnheiten. Dies betrifft aber keineswegs nur professionelle Journalisten, sondern jeden, der sich mit Medieninhalten beschäftigt oder möglicherweise sogar publiziert. Medienkompetenz ist zwar in allen Lehrplänen unseres Schulwesens verankert, bei der Vermittlung hinkt es jedoch noch gewaltig. Auch hier bietet das Friedrich Funder Institut seit vielen Jahren bewährte Angebote an. Zahlreiche Kooperationen mit der Österreichischen Schülerunion, dem Wirtschaftsbund aber auch mit dem MKV sind Beleg für die fruchtbringende Zusammenarbeit in diesem wichtigen Feld.

Die Digitalisierung bietet für alle große Chancen und Möglichkeiten, denn einerseits wächst die Verantwortung für Medien und Redaktionen mit qualitativen Informationen und Verlässlichkeit die Nutzerin bzw. den Nutzer zu informieren, und andererseits haben vielmehr Menschen die Chance am öffentlichen Diskurs zu partzipieren. Medienkompentenz ist der Schlüssel dafür, um die komplexe Welt unserer Informationsgesellschaft dechiffrieren zu können.

MAG. SOPHIE ERNEST

ist Medienwissenschafterin und Absolventin der Diplomatischen Akademie. Im Frühjahr hat sie die Geschäftsführung der Aus- und Weiterbildungsakademie incite des Fachverbandes UBIT (Unternehmensführung, Buchhaltung und IT) übernommen. Seit April ist sie zusätzlich ehrenamtlich Geschäftsführerin des Friedrich-Funder-Instituts (FFI).

EU DARF SICH VON MIGRATIONSSTRÖMEN NICHT WIEDER ÜBERRASCHEN UND ÜBERROLLEN LASSEN!

Die aktuellen Situationsberichte über Migrationsströme aus Afghanistan, Iran, Nordafrika sowie aus Weißrussland und der Balkanregion in Richtung EU-Außengrenzen müssen hellhörig machen und in der Europäischen Union unverzüglich entsprechende Vorkehrungen auslösen. Die Europäische Union darf sich von Migrationsströmen nicht wieder überraschen und überrollen lassen. Konkret braucht die EU in Sachen Migration und Asyl keine Langzeit-Therapie, sondern endlich eine Akut-Medizin.

MIGRATIONSDATEN ZEIGEN DEUTLICHEN ANSTIEG - SCHUTZ DER AUSSENGRENZEN ESSENTIELL

In Österreich ist laut Innenministerium schon im abgelaufenen 1. Halbjahr 2021 die Zahl der Asylanträge gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 85 Prozent gestiegen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex meldet für das 1. Halbjahr 2021 einen Anstieg der illegalen Übertritte an den EU-Außengrenzen mit einem Plus von 59 Prozent gegenüber dem Jahreswert 2020.

MAG. THOMAS STELZER (FRL)

Seit April 2017 Landeshauptmann von Oberösterreich,
Geboren am 21. Februar 1967 in Linz,
Verheiratet mit Bettina,
Kinder: Lukas und Lena,
Wohnt mit seiner Familien in Wolfern (Bezirk Steyr-Land)

Österreich hat in den vergangenen Jahren im Vergleich zu anderen Ländern schon vielen Menschen geholfen und kann daher angesichts der derzeit wieder stark anschwellenden Migrationsströme nicht neuerlich als primäres Zielgebiet in die Pflicht genommen werden. Vielmehr braucht es schnelle Hilfe und Unterstützung für die Menschen vor Ort sowie umgehende Verdichtung der Sicherungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen und erhöhte Wachsamkeit der nationalen Polizeikräfte.

Es kann auch nicht sein, dass es in der EU Staaten gibt, die die Übernahme von Migranten verweigern, gleichzeitig aber große Summen an Förderungen beziehen und Netto-Zahlungsempfänger sind.

UM MIGRATIONSSTRÖME ZU KONTROLLIEREN BRAUCHT ES EIN STARKES BUNDESHEER

Das Land OÖ hat mit dem Verteidigungsministerium eine „Schutz und Hilfe-Partnerschaft“ unterzeichnet. Damit werden fast 100 Millionen Euro in das OÖ Bundesheer investiert. Mit dem Investitionspaket bleiben alle unsere Kasernen nicht nur erhalten, sondern sie werden auch modernisiert. Hubschrauber, Transportflugzeuge sowie Panzer bleiben fix in Oberösterreich stationiert. Das sichert auch langfristig Arbeitsplätze in den Regionen. Auch soll die Militärmusik Oberösterreich gestärkt werden und zwar als Kulturträger und Kaderschmiede für die Blasmusikkapellen. Für uns in Oberösterreich gilt: Die Corona-Krise darf nicht den Blick auf aktuelle Herausforderungen und akute Bedrohungen verstellen. Um etwaige Migrationsströme unter Kontrolle zu halten und die Grenzen zu sichern, um Naturkatastrophen oder Blackouts zu bewältigen oder gegen Terrorismus vorzugehen brauchen wir ein schlagkräftiges Bundesheer mit

gut ausgerüstete Soldatinnen und Soldaten.

UNSERE WERTE UND DEMOKRATIE MÜSSEN GESCHÜTZT WERDEN

Neben der aktuellen Lagebeobachtung braucht es in unserem Land auch nachhaltig neue Akzente in der Integrationsarbeit. Das Erlernen der deutschen Sprache sowie die Achtung der hierzulande geltenden Werte und Alltagsnormen durch Migranten sind Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Entsprechende Anreize müssen daher verstärkt werden. Und: Wer seine Ideologien oder Waffen in strafrechtlich relevanter Weise gegen unser Land, unsere Werte oder unsere Demokratie richtet, muss umgehend aus Österreich abgeschoben werden.

HILFE VOR ORT FÜR MENSCHEN IN NOT

Unser Wertefundament beruht auf den Säulen der christlichen Soziallehre. Diese begründete nicht nur Aufbau und Entwicklung der europäischen Kultur, sondern auch die unserem heutigen Zusammenleben und unserem heutigen Alltag zugrundeliegenden Maßstäbe und Normen. Eine dieser Normen ist eben die Einforderung einer individuellen Eigenleistung je nach individueller Kapazität. Eine weitere dieser Normen ist die Nachhaltigkeit. Und genau an diesem Punkt setzt der Ansatz der Hilfe vor Ort an: Eine ungebremste Migration über alle staatlichen und kulturellen Grenzen hinweg in Richtung Europa würde den Kontinent schnell sozial, kulturell und finanziell überfordern. Daher kann eine nachhaltige Form der Hilfe nur in der Entwicklungshilfe und der Hilfe vor Ort liegen. Gerade jetzt fördert das Land Oberösterreich beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk International die Errichtung einer Wasserversorgungsanlage für die Menschen im bosnischen Flüchtlingslager Bihac.

FREIHEIT DER SICHERHEIT ODER SICHERHEIT DER FREIHEIT?

„Wer bereit ist, Freiheit zu opfern, um Sicherheit zu gewinnen, verdient weder das eine noch das andere, und wird am Ende beides verlieren.“ (Original: „Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety“.) – Benjamin Franklin, 11. November 1755. Ein vielgebrauchtes Zitat, welches oft verkürzt wiedergegeben wird. Aber ist noch immer aktuell, was der große Staatsmann seinerzeit von sich gegeben hat?

All jene Leser, die nun ein Pamphlet zum Thema Corona in diesen Zusammenhang erwarten, werden wohl bitter enttäuscht sein. Dies betreffend wurde wohl wahrlich alles und diesfalls auch von jedem mehrfach gesagt. Es handelt sich bei den nachfolgenden Zeilen eher um eine grundlegende Gesamtbetrachtung.

Das Spannungsfeld zwischen Sicherheit auf der einen und Freiheit auf der anderen Seite, existiert in jeglicher Dimension. Sei‘s im Kleinsten, sei es im Großen. Zwei Beispiele:

Das Individuum kann sich entweder für die Freiheit entscheiden, einen Bungeesprung ohne Seil durchzuführen oder – aus Sicherheitsüberlegungen – dies eben nicht zu tun und sich auf eine Karriere als Hallenhalmaspieler zu verlegen. Es kann aber auch die größere Einheit, hier der Staat, dem Bürger die Freiheit lassen, eine solche wortwörtlich halsbrecherische Freizeitgestaltung zu wählen, oder aber Bungeejumping mit und ohne Seil generell zu verbieten, um die Sicherheit des einzelnen von oben zu gewährleisten.

Man erkennt klar, die Kombination aus absoluter Freiheit und maximaler Sicherheit ist in keinem der beiden Fälle zu erreichen oder zu gewährleisten, wiewohl es hier natürlich Zwischentöne gibt. Vorausschickend festhalten muß man allerdings die Unmöglichkeit der Gewährleistung absoluter Sicherheit. Obschon – vor allem in den letzten Jahrzehnten – die Bürger vor allem westlicher Gesellschaften immer mehr von einem durch den Staat zu gewährleistenden „Rundum-sorglos-Paket“ ausgeht, so ist dies eine gefährlich trügerische Prämisse.

Geht man von den liberalen Grundpostulaten über den Zweck eines Staates bzw einer Staatengemeinschaft aus, so hat dieser drei Sicherheiten zu gewährleisten: Sicherheit nach außen, Sicherheit nach innen und Sicherung der Rechtsstaatlichkeit, wobei letztere nicht in allen Staatsformen conditio sine qua non ist (auch eine Autokratie kann die ersten beiden Bedürfnisse gewährleisten, freilich wieder um den Preis der individuellen Freiheit).

Ein weiteres aktuelles Beispiel, welches diese platzgreifende Grundmentalität sowie das bereits erwähnte Spannungsfeld illustrieren soll, sind die aktuellen Hochwässer – mit schrecklichen Folgen – in Deutschland. Die erste Reaktion vieler Betroffener (aus deren Warte absolut verständlich) war, nach finanziellen und personellen Hilfeleistungen aus der Staatskasse zu rufen. Prompt erklärte einer der Spitzenkandidaten zur nahenden Bundestagswahl, es werde „selbstverständlich“ allen Betroffenen geholfen und voller Schadenersatz (nicht im juristischen Sinn) geleistet. Nun ist es wichtig und richtig,

MAG. ALEXANDER F. S. PUTZENDOPLER (ASG)

ist selbständiger Rechtsanwalt in Wien und K-/Cartellrechtspfleger von MKV und ÖCV. Neben seinen Schwerpunkten des Vereins-, Immaterialgüter- und Wohnrechts ist er Autor zahlreicher Artikel und Beiträge zu einer liberalen Sicht auf die Gesellschaft.

www.putzendopler.at

den Betroffenen – derer viele ihre Existenzgrundlage verloren haben – schnell, zielgerichtet und effizient zu helfen. Nicht jedoch darf folgendes passieren: Mit einer (allenfalls legistischen) Hochwasserversicherung, welche bereits angedacht wird, würde zwar die subjektive Sicherheit von potentiell betroffenen Menschen pro futuro verstärkt werden, dies aber auf Kosten der Freiheit des Steuerzahlers, nicht mit jedenfalls zu erwartenden Abgabenerhöhungen bedrückt zu werden. Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme eine unbillige und nicht zu rechtfertigende Risikoverschiebung vom Einzelnen hin zur Gemeinschaft bedeuten. Warum? Wenn mir als Bauherren bereits im Vorfeld bekannt ist, im Fall des Falles ohnedies schadlos gehalten zu werden, ist es um vieles leichter, ein günstiges, weil in Gefährdungsgebieten liegendes, Grundstück zu erwerben um dort die eigenen vier Wände zu errichten. Es würde also ein falsches Anreizsystem geschaffen werden, welches im Bedarfsfall so Fehlallokationen führen würde.

Schließlich noch ein weiteres Beispiel hinsichtlich der beiden Pole: In etlichen Ländern finden sich mittlerweile sogenannte „Gated Communities“ welche nichts anderes sind als bewachte und ummauerte Städtchen bzw Stadtteile. Diese Maßnahmen werden zur Sicherung derer Bewohner gegen Angriffe von außen gegen Eigentum und Leib und Leben errichtet und bewohnt. Ergebnis: Die Einwohner sind zwar in einem weit erhöhten Ausmaß vor Bedrohungen geschützt (natürlich nicht vor einem Herzinfarkt), zahlen dafür aber den Preis, diese Festungen nicht oder nur unter hohem Risiko verlassen zu können. Nun aber der springende Punkt: Diese Anlagen fußen auf der freien Entscheidung der Bauherren und der Bewohner, es wurde ihnen nicht oktroyiert. Sie haben somit ihre individuelle Freiheit zur Wahl genutzt.

Was läßt sich nun zusammenfassend überlegen? Die beiden Extreme absoluter Freiheit und absoluter Sicherheit sind – zumindest was letztere angeht – nicht erreichbar. Jede Gemeinschaft, jedes Individuum, muß somit einen Kompromiß finden, welcher das fragile System menschlichen Zusammenlebens tragen und unterstützen kann. Ob der mannigfaltigen schlechten Erfahrungen mit dem Versuch von Staaten, absolute Sicherheit zu schaffen, kann man aber nur flammend schließen „im Zweifel für die Freiheit“!

DEINE EXPERTEN FÜR INVESTMENT-IMMOBILIEN

- Strategien zur Werterhöhung
- Erlösmaximierung durch strukturierte Bieterverfahren
- Unterstützung bei Erbantritt und Übernahmen

www.remax-solutions.at

RE/MAX Solutions

Ruf’ uns noch heute an und vereinbare Deinen Beratungstermin!

Achim Ertl
v/o Sekretär, BbG, ErG, WMM, NMW
a.ertl@remax-solutions.at
+43 660 70 53 944

GF Ing. Mag. Christian Probsz
MA, MRICS, CREA
Allgem. beeideter u. gerichtlic
zert. Sachverständiger
v/o Eisbär, S-B
c.probszt@remax-solutions.a
+43 699 10 89 20 20

DAS ZEITALTER DER RESILIENZ

In einer global vernetzten Welt, die für neue Dimensionen der Gefährdungen anfällig ist, wird eine neue Zukunftskompetenz zentral: die Fähigkeit, adaptiv auf Krisen zu reagieren. Die 2020er-Jahre werden zur Dekade der Resilienz. Ein Auszug aus der neuen Zukunftsinstitut-Studie „Zukunftskraft Resilienz".

Klimawandel und Coronapandemie, Finanz- und Flüchtlingskrisen, Flutkatastrophe und Afghanistan Desaster, Terrorbedrohungen und wachsende soziale Ungleichheit: In einer ökologisch verletzten und global vernetzten Welt scheint der Modus der Krise zum festen Bestandteil einer neuen Normalität zu werden. Die Lebensrealität im 21. Jahrhundert ist komplexer, dynamisierter und unvorhersehbarer als je zuvor – und erzeugt damit vielschichtigere Problemlagen. Das heißt vor allem: neue Dimensionen menschengemachter Selbstgefährdung. Damit hat die „Risikogesellschaft", die der Soziologe Ulrich Beck bereits vor 35 Jahren beschrieb (vgl. Beck 1986), eine neue, global vernetzte Ebene erreicht.

Vor allem die Coronakrise hat drastisch vor Augen geführt, wie globale Pfadabhängigkeiten unser gewohntes Leben plötzlich aus den Fugen werfen können. Dabei macht die Tatsache, dass die gesamte Menschheit erstmals eine derartige Tiefenkrise erlebt, die sämtliche Lebensbereiche betrifft und unsere Normen und Werte infrage stellt, auch die konstruktiven Potenziale von Krisen deutlich. Echte Krisen verändern uns grundlegend und dauerhaft, indem sie an einen Wendepunkt führen. So markiert die Coronakrise auch den Umbruch zu einem neuen, evolutionär-dynamischen Verständnis von Zukunftsfähigkeit.

VON UNSICHERHEIT ZU RESILIENZ

Der Risikoforscher Gerd Gigerenzer bezeichnet die Coronakrise als „Lehrstück, um Leben mit der Ungewissheit zu üben" (vgl. Schnabel 2020). Die kollektive Erfahrung der Verwundbarkeit hat klargemacht: Jetzt ist die Zeit gekommen für den Ausbau systemischer Schutzfaktoren. Doch je mehr sich Bedrohungen und Risiken fortwährend verändern, umso mehr gilt es auch, Sicherheit völlig neu zu verstehen: als einen dynamischen, kontinuierlichen Prozess, eine Variable, die ständig neu ausgehandelt und aufgebaut werden muss. Damit sind die Vorstellungen von Eindeutigkeit und Steuerbarkeit, die noch bis ins späte 20. Jahrhundert galten, endgültig passé. Die Netzwerkgesellschaft bietet keine langfristig stabilen oder verlässlich berechenbaren Strukturen mehr, Beständigkeit kann unter vernetzten Vorzeichen immer nur punktuell oder phasenweise gegeben sein.

Deshalb gilt es „Sicherheit" künftig grundsätzlich neu zu denken: ganzheitlicher und systemischer. Sicherheit kann nicht mehr in der bestmöglichen Abschottung gegen Gefährdungen bestehen – denn dies ist nicht mehr möglich –, sondern vor allem in der Fähigkeit, gut mit Unsicherheit umgehen zu können. Die großen Zukunftsfragen lauten dementsprechend: Wie können sich individuelle und soziale Systeme gegen Unvorhergesehenes wappnen? Was stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt in Krisenzeiten? Und wie sieht ein produktiver Umgang mit Krisen aus, die nicht prognostiziert

> *Ein scheinbar perfektes System ist oft am fragilsten, während ein dynamisches System, das gelegentlich versagt, am robustesten sein kann. Resilienz ist, wie das Leben selbst, chaotisch, unvollkommen und ineffizient. Aber sie überlebt.*
>
> **Andrew Zolli und Anne Marie Healy: „Resilience" (2012)**

werden können (oder noch nicht einmal gedacht sind)? Die Antworten finden sich im konsequenten Umschalten auf Komplexität und Adaption: auf eine zukunftsfähige Form von Resilienz.

LERNEN AUS PROBLEMEN

„Resilienz" ist der passende Begriff für die fundamental neue Weise, in der spätmoderne Gesellschaften die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts formulieren und prozessieren. Denn je unvorhersehbarer die Risikopotenziale werden, umso mehr rückt die Frage nach der Widerstands-und Regenerationsfähigkeit in den Fokus, gesellschaftlich, organisational und individuell. Die Coronakrise hat dem Konzept der Resilienz eine neue Relevanz verliehen – und eine neue Popularität, die den Begriff zugleich zu entwerten droht, als eine Art Universal-Zauberwort. Umso wichtiger ist nun die Entwicklung eines komplexen und zukunftsfähigen Verständnisses von Resilienz, das der dynamisierten Netzwerkwelt gerecht wird.

Den Ausgangspunkt dafür bietet das Konzept der „Resilienz 2.0" (siehe Kasten). Eng verknüpft damit ist ein ganzheitliches Verständnis systemischer Vernetzungsstrukturen, das Zentralität und Dezentralität vereint: Die Vernetzung eines resilienten Systems ist weder überkomplex (alles ist mit allem verbunden) noch unterkomplex (Verbindungen sind nur zufällig oder lose), sondern sie nutzt Knotenpunkte, um ein Gleichgewicht zwischen Stabilität und Variabilität zu schaffen. Das beste Beispiel dafür ist das menschliche Gehirn: Seine 100 Billionen Synapsen sind über Knotenpunkte verschaltet, um die Speichersysteme unterschiedlicher Hirnregionen schnell auslesen und prozessieren zu können. Erst dadurch wird ein agiles Zusammenspiel von Struktur und Diversität möglich – und damit auch systemische Weiterentwicklungen im Sinne eines „Lernen aus Problemen" (vgl. Popper 2004).

RESILIENZ 2.0

Die Evolution des Resilienzdiskurses ist von zwei dominanten Definitionsansätzen geprägt. Bereits seit den 1970er-Jahren etabliert ist ein stabiliätsorientiertes Verständnis, das Resilienz vor allem als Sicherheit und Funktionsfähigkeit definiert („Resilienz 1.0"). Erst in jüngerer Zeit an Bedeutung gewonnen hat eine evolutionäre Perspektive, die Resilienz als kontinuierliche Anpassung an veränderte Umweltbedingungen betrachtet („Resilienz 2.0"). Dieser Zugang gewinnt in einer hypervernetzten Welt stark an Bedeutung. Zugleich ergänzen und bedingen sich beide Ansätze wechselseitig: Ohne Flexibilität fallen Veränderung und Anpassung schwer, ohne feste Verwurzelung bleibt Beweglichkeit ein richtungsloses Mitschwimmen im Strom. Voraussetzung für Resilienz ist also ein vitales Verhältnis von Robustheit und Adaptivität, von Tradition und Innovation.

EIN NEUES PARADIGMA

Das neue Resilienzparadigma markiert einen historischen Bruch mit dem modernen Optimismus der Systemkontrolle. Die über lange Zeit etablierte Vorstellung der festen Einplanbarkeit von Unwägbarkeiten in die Struktur- und Funktionszusammenhänge sozialer, technischer und natürlicher Systeme wird gleichsam auf den Kopf gestellt: Resiliente Systeme sind gerade deshalb zukunftssicher, weil sie im mechanischen Sinne „unsicher" sind – weil sie in der Lage sind, ihre inneren Strukturen variabel wiederherzustellen. Zur zentralen Voraussetzung für die Schaffung von Zukunftssicherheit wird deshalb die Kultivierung einer grundsätzlichen Unsicherheitskompetenz. Das Sicherheitsmanagement von morgen surft auf den Wellen der Unsicherheit.

Die Basis dafür bildet ein Mindset, das Wandel immer auch als Chance begreift. Im Grunde geht es um die Wiederentdeckung eines uralten Lebensprinzips, das der griechische Philosoph Heraklit schon vor rund 2.500 Jahren formulierte: Panta rhei – alles fließt. In der Ära der multiplen Krisen erlangt diese Erkenntnis eine neue Relevanz und Dringlichkeit. Resilienz muss daher mehr umfassen als nur die Wiederherstellung eines Status quo ante: Zentral wird die Anpassung an sich ständig verändernde Gegebenheiten – und das aktive, gemeinsame Gestalten von Möglichkeitsräumen.

WAS DIE WELT RESILIENTER MACHT

Wie und wo manifestiert sich die Entwicklung in Richtung des neuen Resilienzparadigmas bereits? Ein Blick auf die vier großen Resilienzsphären Planet, Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft.

PLANET: ÖKOSYSTEME STÄRKEN

Um die planetare Resilienz zu erhöhen, reicht die Rückkehr zu traditionellen Kulturtechniken wie Permakultur oder Tauschwirtschaft nicht aus – es braucht zudem klug eingesetzte technologische Innovationen. Viele Start-ups entwickeln bereits grüne Technologien

zur Verlangsamung des Klimawandels, etwa künstliche Bäume, die mithilfe von Mikroalgen CO2 in Sauerstoff verwandeln, oder Recyclingverfahren, bei denen Würmer und Enzyme Kunststoff zersetzen. Unter dem Schlagwort „Geoengineering“ werden auch großräumige Eingriffe in geo- oder biogeochemische Kreisläufe erforscht. So könnten Siliziumscheiben zwischen Erde und Sonne übermäßige Sonneneinstrahlung verhindern, und Ocean Foaming – das Verteilen von weißem Schaum auf dem Meer – könnte Sonnenlicht reflektieren.

Sehr viel nachhaltiger sind Initiativen zur Aktivierung der ökosystemischen Selbstheilungskräfte, zum Beispiel durch grüne Mauern – breite Landschaftsstreifen mit Baumpflanzungen, die die Ausbreitung von Wüsten eindämmen und Landstriche revitalisieren. Die „Great Green Wall“ soll auf diese Weise den gesamten afrikanischen Kontinent durchqueren. Auch schonende Formen der Landwirtschaft fördern die Regeneration von Ökosystemen, etwa trockengelegte Moore, die wiedervernässt werden: Sie können schnell wieder große Mengen CO2 binden und dienen zugleich als Anbaufläche für schnell wachsende Bau- und Dämmmaterialien.

Resiliente Städte zeigen, wie sich auch urbane Regionen an die Folgen des Klimawandels anpassen können, etwa durch ein Wärmemanagement mithilfe von Grünzonen, Frischluftkorridoren und Wasserflächen sowie begrünten oder weißen Dächern. Dass auch kleinere Initiativen große Wirkung entfalten können, verdeutlicht das breite Spektrum sozialer Innovationen – von Energiedörfern, die eigenen Strom produzieren, bis zu Bürgerinitiativen, die geteilte Mobilität vorantreiben.

MENSCH: ACHTSAMKEIT UND RESONANZ

In spätkapitalistischen, übermedialisierten Zeiten drohen Stress und psychische Belastung zu einem universalen Lebensgefühl des Menschen zu werden. Doch die große mentale Gegenbewegung zur digitalen Überforderung in der hyperindividualisierten Konsumgesellschaft hat längst begonnen. Einen zentralen Schlüssel zur Herstellung individueller Resilienz liefern dabei die Konzepte und Kulturtechniken der Achtsamkeit und der Resonanz (vgl. Rosa 2016).

Die verschiedenen achtsamen Lösungskonzepte für das Problem der fehlenden Resonanz – von Postwachstum und New Work bis zu Body Positivity und der aufstrebenden Neo-Spiritualität – werfen die alte Frage nach dem guten Leben neu auf. Dabei wird auch klar: Einzelkämpfende sind nie besonders resilient, es ist immer auch das soziale Netz, das Menschen in Krisenzeiten auffängt oder gar nicht erst in eine Krise fallen lässt. Elementar sind dabei „Wir-Tugenden“ wie Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Solidarität, Empathie und Hilfsbereitschaft, die in hyperindividualisierten Zeiten zu kurz gekommen sind.

Der große mentale Shift in Richtung Resonanz bahnt den Weg für einen neuen Gemeinschaftssinn. Er zeigt sich in neuen Formen des Zusammenlebens (etwa Co-Living-Projekte, Ökodörfer oder basisdemokratisch organisierte Vereinigungen), der Zusammenarbeit (von Social Business und ehrenamtlichem Engagement bis zu den vielen Unternehmen, die sich der Postwachstums- und Sinn-Ökonomie verschreiben) und des Konsumierens (etwa die Prinzipien des Sharings, des kritischen Konsums und des hedonistischen Minimalismus).

GESELLSCHAFT: DIE KRAFT DES WIR

Gesellschaftliche Resilienz bedeutet im Kern: das Ich im Wir und das Wir im Ich sichtbar und

Studie: Zukunftskraft Resilienz

Was ist das Erfolgsrezept langfristig überlebensfähiger Systeme? Die im September 2021 erschienene Studie *„Zukunftskraft Resilienz: Gewappnet für die Zeit der Krisen“* des Zukunftsinstituts untersucht die neuen Resilienzprinzipien einer global vernetzten Welt – und zeigt dabei auch die Hebel auf, die Organisationen und Unternehmen nachhaltig resilient machen.

erfahrbar zu machen. Ein „progressives Wir“ ist gekennzeichnet durch neue Lebensentwürfe, Identitätskonstruktionen und soziokulturelle Synthesen. Die Signale dafür sind zahlreich – vom Anstieg der Teilzeitarbeit und der Einführung der Frauenquote bis hin zu diverseren Beziehungsmodellen oder Diskursen über neue Wirtschafts- und Wohlstandsformen. Eine zentrale Zukunftsaufgabe besteht darin, diese Vielfalt für alle sozialen Akteure auf einfache Weise lebbar und erlebbar zu machen.

Gerade in akuten Krisenphasen stellt auch die Kreativität einen elementaren Faktor für gesellschaftliche Resilienz dar. Standorte mit einer starken Kreativwirtschaft sind besonders widerstands- und anpassungsfähig, basierend auf einer lebendigen Kreativszene vor Ort – die auch soziale Innovationen aus der Zivilgesellschaft fördert, von Guerilla-Gardening-Projekten und Sharing-Initiativen bis zu Regionalwährungen und Modellen der Selbstversorgung. Wie diese Praktiken auch von Unternehmen strategisch weiterverfolgt werden, zeigen etwa die Repair Initiativen der Outdoor-Marke Patagonia. So stärkt die Zivilgesellschaft auch die Unternehmensform des Social Business.

Der Staat ist nun aufgerufen, dem wachsenden Wunsch der Bevölkerung nach mehr Partizipation und Teilhabe aktiver zu begegnen: durch eine Politik, die Verbindungen schafft, Austausch fördert und Räume für mehr Demokratie etabliert, etwa über ein gemischtes institutionelles System aus Volksabstimmungen, Bürgerversammlungen und Wahlen – und durch die Gewährleistung eines Absicherungssystems, das Selbstwirksamkeit und (Selbst-)Vertrauen stärkt. Auch die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens fördert Solidarität, Partizipation und Selbstorganisation: Wer sich sicher fühlt, kann kreativer mit Krisen und Unsicherheit umgehen.

WIRTSCHAFT: SINN ALS GEWINN

Die Resilienz eines Unternehmens wurzelt in seiner Kultur. Alles, was Organisationen brauchen, um sich in volatilen Zeiten zukunftsfähiger und -sicherer aufzustellen, von einer generellen Offenheit nach außen und innen bis zu einem konstruktiven Umgang mit Fehlern, basiert im Kern auf einer starken kollektiven Identität, die Zusammenhalt erzeugt. Und: die im Krisenfall den Sprung in die kreative Neuerfindung ermöglicht.

In einer vernetzten Ökonomie zeichnen sich resiliente Organisationen auch durch ein ganzheitliches Verständnis von Innovation aus, bei dem die Beziehung zu Gesellschaft, Mensch und Natur im Zentrum steht. Wichtig ist dabei auch die Kultivierung spielerischer Fähigkeiten: Das adaptiv-dynamische Verweilen im unendlichen Spiel wird zum langfristigen Ziel – anstelle kurzfristiger Zielsetzungen wie Quartalsergebnisse. Auf dieses Motiv der Langlebigkeit zielt auch das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Eine Leitidee der unternehmerischen Resilienz ist deshalb die Enkelfähigkeit oder die Frage: Wie können wir selbst zu guten Vorfahren werden?

In einer resilienten Ökonomie ist wirtschaftlicher Gewinn kein Selbstzweck mehr, sondern vor allem Mittel zur Zielerreichung. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Prinzip der Kollaboration: Die Frage, wo, wie und mit wem kollaboriert und kooperiert wird, avanciert zu einer zentralen Zukunftsfrage für Unternehmen. Der Shift von Konkurrenz zu Kollaboration erfordert den Mut, Strukturen und Perspektiven zu öffnen, nach innen wie nach außen, etwa durch die Ansätze von Open Knowledge und Open Innovation.

CHRISTIAN SCHULDT

ist Soziologe und beleuchtet für das Zukunftsinstitut in Hamburg den Kultur- und Medienwandel der vernetzten Gesellschaft. Als Experte für Systemtheorie ist sein Blick geschult für die kommunikativen Muster der real-digitalen Welt.

LITERATUR:

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main

Fathi, Karim (2019): Resilienz im Spannungsfeld zwischen Entwicklung und Nachhaltigkeit. Anforderungen an gesellschaftliche Zukunftssicherung im 21. Jahrhundert. Wiesbaden

Popper, Karl R. (2004): Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik. München

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt am Main

Roth, Florian (2020): Bouncing forward – Wie Erkenntnisse aus der Resilienzforschung in der Corona Krise helfen können. In: isi.fraunhofer.de, 23.4.2020

Schnabel, Ulrich (2020): Wir müssen auch anders können. In: Die Zeit 39, 17.9.2020, S. 41

Zolli, Andrew und Healy, Ann Marie (2012): Resilience. Why Things Bounce Back. New York

FINNZEN & GELDANLAGE: STECKT NUR „DUMMES GELD“ IN ETFS?

Sind Kleinanleger automatisch „dumm“, weil sie stur ETFs kaufen? Nein, wenn sie weltweit investiert sind. Eine Verteidigung des Indexinvesting nach Jack Bogle.

Geht es um die drei Buchstaben ETF, kann es schon mal emotional werden. Auf Twitter haben wir kürzlich die Frage debattiert, ob da nur „dummes Geld“ drinsteckt. Geld von Kleinanlegern also, die nicht wissen was sie tun. Die abgezockt werden sobald es einmal nicht mehr so rund läuft. Die Debatte ist keineswegs neu, wie eine kurze Recherche zeigt.

DIE MASSE DRÄNGT AN DEN KAPITALMARKT, WEIL SIE KEINE ANDERE WAHL MEHR HAT.

Auf den ersten Blick ist der Fall eindeutig: Es stimmt ja, ETFs ermöglichen der Masse den einfachen und kostengünstigen Einstieg in den Kapitalmarkt. ETF steht für Exchange Traded Fund, also ein Investmentfonds, der fortlaufend an einer Börse gehandelt wird. Man kauft also ein Bündel Wertpapiere. In der Regel sind das Aktien, es gibt aber auch ETFs für Anleihen und viele weitere Anlageklassen. ETFs unterscheiden sich von traditionellen Fonds zweifach: Sie müssen nicht beim Fondsverwalter gezeichnet werden, sondern sind an der Börse handelbar. Jedermann mit einem Depot kann zugreifen und sie etwa über das e-banking seiner Hausbank kaufen. Der zweite Unterschied: Anders als „normale“ Fonds, werden ETFs nicht aktiv verwaltet. Ihre Zusammensetzung richtet sich immer nach einem Index. Es gibt ETFs in vielen Formen und Farben, von konservativ solide bis zu spekulativ riskant.

Wenn man die Masse mit „dummen Geld“ gleichsetzt, ist der Fall also erledigt. Dass mit der Masse auch dummes Geld mitschwimmt, kann niemand bestreiten. Also Geld von Anlegern, die emotional handeln, die oben kaufen und unten verkaufen, die generell nicht wissen was sie tun. Welches die häufigsten Anlegerfehler sind, haben wir in unserer Arbeit „Das Ende des Sparbuchs“ beschrieben.

brutkasten

Der brutkasten ist das führende deutschsprachige Medium für Innovation und Startups. Mit drei Online- und Print-Magazinen, einer Multimedia-Produktion mit Schwerpunkten auf innovativen Video-Formaten, Live-Streaming und digitalen Events schaffen wir eine Bühne für Technologien und Projekte der Zukunft. Wenn du dich für News und Insights zu Innovationen und Zukunftstechnologien interessierst, klick rein!

https://brutkasten.com/

WACHSEN MIT DEM MARKT – ETFS MACHEN ES MÖGLICH

Und da sind wir auch schon beim Kernproblem. Die Masse drängt an den Kapitalmarkt, weil sie keine andere Wahl mehr hat. ETFs sind, richtig eingesetzt, eine der besten Methoden um am Wachstum der Wirtschaft teilzuhaben und sich vor der Inflation zu schützen.

Warum? Wer zu möglichst breiten, also weltweit investierten ETFs greift, erhält tausende Aktien aus 20 bis 40 Ländern. Er deckt alle Regionen, alle wichtigen Währungen und Sektoren ab. Es macht aus dem „Investieren" eine binäre Angelegenheit. Wächst der Weltmarkt, wächst der „Investor" mit – fällt er, fällt der „Investor" auch. Langfristig haben wir bisher immer Wachstum gesehen. Wer ruhig bleibt, ist also im Plus.

BREITE, WELTWEITE STREUUNG AN SICH IST KEIN INVESTMENT.

Nun habe ich „Investor" absichtlich unter Anführungszeichen gesetzt. Warum? Weil diese breite, weltweite Streuung an sich kein Investment ist. So gesehen haben wir es tatsächlich mit „dummen Geld" zu tun. Niemand studiert die Bilanzen und Geschäftsberichte seiner „Investments", wenn er als Kleinanleger in tausende Firmen investiert ist. Er muss auch nicht, denn hinter dem ETF steht stets ein Index der größten Unternehmen in einer bestimmten Region oder einem bestimmten Sektor.

Wer einen MSCI All Country World, einen FTSE All World, einen MSCI World oder (wie viele argumentieren) einen S&P500-ETF bespart, hat ausreichend globale Abdeckung. Solange er sich von Crashs nicht aus der Ruhe bringen läßt – oder diese gar zum Nachkauf nutzt, kann ihm alles andere egal sein. Deswegen sind breite, weltweit investierte ETFs auch am ehesten als langfristiger Ersatz fürs Sparbuch gedacht.

AKTIVE FONDS SIND KEINE ALTERNATIVE, DA ZU TEUER

Aber sollte man nicht zumindest einen aktiv verwalteten Fonds nehmen, wo ein Profi hilft? Nun, die empirische Lage ist da eindeutig. Die ersparten Kosten und die Garantie der Marktrendite bei ETFs sind am Ende die bessere Wette. Denn aktive Fonds schaffen es oft nicht, den Markt zu schlagen – und kosten viel mehr. Als Sparbuchersatz eignen sie sich deshalb nicht, da das Risiko zu groß ist, auf das falsche Pferd gesetzt zu haben.

Dass Indexinvestoren keineswegs „dummes Geld" darstellen müssen, beweisen übrigens die Anleger von Vanguard in schöner Regelmäßigkeit. In Krisen gehören sie regelmäßig zu denen, die netto zukaufen und nicht den Fehler begehen, in Panik zu flüchten. Vanguards Gründer, der legendäre Jack Bogle, hat das Indexinvesting in den 1970er-Jahren erst erfunden. ETFs haben das Prinzip für Europäer sozusagen „freigeschaltet".

WER AUF SEKTOREN ODER LÄNDER-ETFS SETZT, IST VIELLEICHT WIRKLICH „DUMMES GELD"

Aber – und das ist wichtig: Wir reden hier ausschließlich von einer Handvoll weltweit investierter ETFs. Der US-Index S&P500 markiert hier sozusagen die Untergrenze. Hier lautet das Argument: Da die meisten Firmen im Index ohnehin international tätig sind, ist die Diversifizierung ausreichend.

Das ist das Problem der drei Buchstaben: Tausende ETFs, die kleinere Regionen, einzelne Länder oder Wirtschaftssektoren (Tech, Clean Energy etc.) abdecken, sind für ernsthaftes Indexinvesting nicht geeignet. Wer so investiert, geht Wetten ein. In diesen engen ETFs steckt dann doch potenziell viel „dummes Geld".

Dieser Beitrag erschien ursprünglich in leicht veränderter Form in der Kolumne von Nikolaus Jilch für "der brutkasten" (12.11.2021).

MAG. NIKOLAUS JILCH

Nikolaus Jilch ist seit 2019 für die Entwicklung von digitalen Formaten und als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Bereiche Geldanlage und digitale Währungen beim Thinktank Agenda Austria verantwortlich tätig. Von 2011 bis 2019 war er Wirtschaftsjournalist bei der Tageszeitung "Die Presse" tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Analysen zu Wirtschaftspolitik und Finanzmarkt, Leitartikel und die wöchentliche Kolumne »Wertsachen«.

KOLUMNEN

PATRIA – WIR SPRECHEN ÖSTERREICHISCH

Respekt

Der Nationalismus, der im 19. Jahrhundert einen Höhepunkt erreichte und zum Zerfall der Donaumonarchie führte, war stark sprachlich geprägt und die Sprachenkonflikte blieben auch in den Nachfolgestaaten vielfach ungelöst. Die Idee, dass Bürger mit einer gemeinsamen Sprache einen gemeinsamen Staat zu bilden hätten, ist unrealistisch. So wurde in der Geburtsstunde der ersten Republik der Sündenfall begangen, dass es im Entwurf der Verfassung hieß: „Deutschösterreich ist ein Teil der Deutschen Republik".

Der sprachliche Aspekt stand im Vordergrund und das Selbstvertrauen der Österreicher war gleich Null. Trotz der historischen Erfahrungen wie der verheerenden „Waffenbrüderschaft" im ersten Weltkrieg und trotz der in Deutschland offensichtlich weit chaotischeren Zustände im Vergleich zu Österreich, wurde Deutschland respektiert und der Anschluss an Deutschland schien erstrebenswert. Hugo von Hofmannsthal charakterisierte die Situation so: „Die Deutschen lieben Österreich, aber respektieren es nicht, die Österreicher respektieren die Deutschen, lieben sie aber nicht".

Die österreichische Unabhängigkeitserklärung 1945 bezeichnete den „Anschluss" an das Deutsche Reich von 1938 als „null und nichtig" und in der zweiten Republik stellte sich dann endlich das für eine gedeihliche Entwicklung erforderliche Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein ein, bis auf eine Ausnahme: Der „sprachliche Anschluss" ist noch, und gerade heute, voll im Gange! Die Österreicher biedern sich freiwillig dem deutschen Wortschatz und Tonfall an und wundern sich dann über die Respektlosigkeit der Deutschen.

Symptomatisch ist hier die Werbung, wenn etwa im Fernsehen nette Damen in einem uns unverständlichen Deutsch (?) ihre digitalen Zahnbürsteln anbieten. Das ist schlicht eine Frechheit. Aber wie soll man von den Werbetextern verlangen, dass sie sich der „österreichischen Varietät" bedienen, wenn wir selbst vor unserer Sprache keine Achtung zeigen? Natürlich denken die Werbestrategen: da nehmen wir doch gleich die deutsche Variante und ersparen uns die Synchronisation! (sonst vielfach üblich). Da hilft nur der Boykott aller Firmen, die nicht gewillt sind, in der Werbung und in sonstigen Veröffentlichungen ein Mindestmaß an Höflichkeit und Respekt gegenüber Österreich aufzubringen.

Euer *Wieland*

LIEBE BUNDES- UND KARTELLBRÜDER!

Sicherheit – das heutige Thema des Couleur -für jeden wichtig, für jeden ein Thema zum Diskutieren und für die meisten ein Ergebnis der Arbeit der andren?

Sicherheit geht die UNO an, die EU, die Regierung oder wen auch immer eben, nur wenn ´s um die Bequemlichkeit des einzelnen geht, dann wird Sicherheit auf einmal etwas, was man am liebsten auslagert.

Da werden wir Couleurstudenten belächelt, wenn wir unsere Aktiven anhalten, die Priorität des Bundesheeres gegenüber Ersatzdiensten wahrzunehmen, weil ohne ein funktionierendes (und dementsprechendes etwas kostendes) Heer jegliche Sicherheitspolitik obsolet ist und wir selber, wenn wir davon sprechen (und hoffentlich danach handeln), dass unser Prinzip Patria mehr ist als am 26.10. zum Heurigen zu gehen, gelten der Schickimicki-Gesellschaft dann als die Ewiggestrigen.

Dass Sicherheit eben nicht gratis zu haben ist und nicht von dank Papis bezahlten Attesten erschwindelten untauglichen, aber am Tennisplatz eine gute Figur machenden jungen Männern geschützt werden kann, sondern von Menschen, die ihren Dienst am Staat versehen, wird im besten Fall gern übersehen oder ansonsten als überholt oder zu unbequem angesehen.

Dass es bei dieser Ego-Mentalität nicht nur um die globale oder nationale Sicherheit geht, sondern dass auch die des Nächsten manchem unsrer Mitbürger völlig egal ist, muss man derzeit regelmäßig in den Medien oder auch im täglichen Umgang kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, erkennend, welcher Aufstand in bestimmten Kreisen gemacht wird, wenn es darum geht, ein zwar vielleicht ein wenig unangenehmes, aber in letzter Konsequenz völlig harmloses Fetzerl vors Gesicht zu spannen, um den anderen, den Mitmenschen, zu schützen in Zeiten, in denen es darum geht, dem Schwächeren in seiner persönlichen Sicherheit zu stärken (dass dies auch von einer politischen Partei verweigert wird, die manche immer noch als Alternative sehen, sollte nebenbei zu denken geben).

Darum, liebe Kartellbrüder, es liegt an uns, als Vorbild voranzugehen und das Thema Sicherheit nicht nur mit leeren Politphrasen zu füllen, sondern zu zeigen, dass wir als MKVer keine Tratschtanten am Stammtisch sind, sondern konsequente Vertreter unserer Prinzipien, für unsere und zur Sicherheit aller,

meint

Euer *Gambrinus*

LITERATUREMPFEHLUNGEN

VON HABSBURG ZU HERZL

Wir alle kennen es: Das Bild des farbentragenden Studenten mit Band und Deckel als Urbild des akademischen Lebens, nur unterteilt in konfessionelle und nationale Ausrichtung – die (miteinander unvereinbar) somit die beiden Lager der Universitäten darstellten. Nun, weit gefehlt. Die Schattierungen waren doch zu allen Zeiten mannigfaltiger – speziell zu Zeiten der heimischen Monarchie, als Österreich noch in jeder Hinsicht größer war. Damals organisierte sich auch das jüdische Selbstbewusstsein auf den Universitäten in studentischen Verbindungen.

Gregor Gatscher-Riedl wirft hier einen Scheinwerfer auf ein viel zu oft viel zu wenig beachtetes Thema: Die Dynamik der Studentengeschichte einerseits in der Pluralität der Habsburgermonarchie andrerseits, wo aber auch der Kulturkampf der Nationalisten die Schatten der Greuel des 20. Jahrhunderts bereits stückweise vorwegnahm. So bildete sich auch die jüdische Selbstwahrnehmung in als ethnische Gruppe heraus, die sich den von Theodor Herzl vorgedachten Weg zur staatlichen Selbständigkeit zu eigen machte. Die rund 300 studentischen Organisationen auf Mittel- und Hochschulebene leisteten dabei einen wesentlichen Beitrag zum zionistischen Aufbruch.

Gregor Gatscher-Riedl (SOP):
Von Habsburg zu Herzl.
Jüdische studentische Kultur in Mitteleuropa 1848–1948.
Kral Verlag, Wien 2021
ISBN: 978-3-99024-954-3,
324 Seiten, gebunden
29,90 Euro

BEWEGENDE EINBLICKE IN FERNE LEBENSWELTEN

Pesca Blanca – das Weiße Fischen – nennen die kolumbianischen Dorfbewohner den Kokainschmuggel in den umliegenden Mangroven. Sie müssen sich daran beteiligen, ob sie wollen oder nicht … dafür sorgen die Drogenbanden schon. Denn diese haben überall dort das Sagen, wo Polizei und Militär nicht präsent sind und das Machtvakuum nicht schon von der Guerilla oder paramilitärischen Einheiten gefüllt wurde. Nicht selten führen Konflikte um die Vorherrschaft zu einer Spirale der Gewalt. Die Leidtragenden sind am Ende immer die einfachen Menschen, welche sich mit den schwierigen Umständen arrangieren müssen.

Professor Eberhard Wedler, Landsmannschaft im CC Darmstadtia Gießen, berichtet authentisch über Schicksale aus armen Stadtvierteln, von Dschungel-Plantagen und aus dem Küstengebirge. Die eindringlichen und teils brutalen Geschichten beruhen auf wahren Begebenheiten und bieten spannende Einblicke in weithin unbekannte Lebenswelten Südamerikas.
Das Buch steckt voller faszinierender und tragischer Geschichten. Die Episoden über die mystischen Kogi-Indianer haben Seltenheitswert, da über das seit Jahrhunderten im Einklang mit der Natur lebende indigene Volk ansonsten kaum etwas zu erfahren ist.

Eberhard Wedler:
Pesca Blanca –
Ungeschminkte Berichte aus Kolumbien
Morisken Verlag, München
ISBN: 978-3-944596-21-1,
(E-Book ISBN: 978-3-944596-22-8, 6,99 €)
156 Seiten, Klappbroschur
12,90 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber: Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)
Laudongasse 16, 1080 Wien;
Telefon: 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9,
E-Mail: kanzlei@mkv.at,
Internet: www.mkv.at;
ZVR-Zahl: 646503058

Geschäftsführer: Walter Gröblinger (OCW)
Vorstand: Walter Gröblinger (OCW), Moritz Mittermann (BBN), Wolfgang Schmidt, MSc. (HES), Dr. Gregor Jansen (SOP)

Chefredakteur: Philipp Jauernik, BA (FRW), couleur@mkv.at.
Mitarbeit: Florian Söllner (NBP), Tobias Klaghofer (VBW), Richard Gansterer (TRW), Mag. Dieter Michael Grohmann (Nc), Michael Summereder, MSc (TTI), Franz Schekolin (ASO)

Fotos: Sofern nicht anders angegeben: MKV, privat; Pixabay, gemeinfrei.

Layout: Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmanngasse 18/2, 1130 Wien, +43 676 3355520, www.gebruederpixel.at

Auflage: 25.000 Stück.
Verkaufspreis: EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich).

Produktion und Anzeigenverwaltung: Kny & Partner, Parkstraße 2/16, 2340 Mödling.
office@knyundpartner.com, +43 676 3106714.

Verkaufsstellen: MKV-Kanzlei, Adresse s.o.
WStV-Kanzlei, Wien 8. Laudongasse 16;
Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumsstraße 38, Sezemsky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162

Blattlinie: Das „Couleur" ist die österreichweite Verbandszeitung des MKV und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliedermagazins. Das Couleur versteht sich als Debattenmagazin, in dem Themen kontroversiell diskutiert werden können. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen.
Im Sinne der Lesbarkeit und des Respekts verwenden wir die grammatikalisch korrekten Bezeichnungen, die beide Geschlechter umfassen.

onlineberatung-telefonseelsorge.at

www.telefonseelsorge.at

„Aufeinander achten, kooperieren, der Freiheit den Vorzug geben, Vorsorge für künftigte Krisen. Das und mehr prägt meine parlamentarische Arbeit. Starten wir durch, raus aus der Pandemie in eine gute Zukunft."

Lukas Mandl (KRW, JNW, AUP)
Österreichischer Europa-Abgeordneter

Viel Freude beim Frisbeespielen:
Lukas Mandl Frisbee kostenlos bestellen unter **info@lukasmandl.eu**

evp - fraktion im europäischen parlament

lukasmandl.eu

LUKAS MANDL IN COULEUR